


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE EUROPÄISCHE SICHERHEIT

■ ANALYSE		
Perspektiven einer kooperativen europäischen Ordnung und die OSZE		2
Wolfgang Zellner, Hamburg		
■ ANALYSE		
Militärische Vertrauensbildung zwischen Russland und dem Westen – Herausforderung für die OSZE		5
Nadja Douglas, Berlin / Chişinău		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
OSZE-Aktivitäten im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen		9
■ UMFRAGE		
Russland und die Welt in Umfragen		9
■ ANALYSE		
Großmacht und Geschichte		
Über die geistige Grundlegung der russischen Außenpolitik heute		16
Hans-Henning Schröder, Bremen		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Hybrider Krieg!?		21
Jens Siegert, Moskau		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Putins »Direkter Draht« mit dem Volk		
»Ich bin mit meinem Leben zufrieden« – Wladimir Putin im Gespräch mit den Bürgern		25
Sergey Medvedev, Berlin		
■ CHRONIK		
7. – 21. April 2016		28

Perspektiven einer kooperativen europäischen Ordnung und die OSZE

Wolfgang Zellner, Hamburg

Zusammenfassung

Die gegenwärtige politische Lage in Europa ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl sich wechselseitig beeinflussender Krisen, von denen der Konflikt zwischen Russland und dem Westen nur eine Dimension darstellt. Dieser Konflikt ist im Kern ordnungspolitischer Natur. Unter den gegebenen Bedingungen ist es unmöglich, bereits eine geschlossene Strategie hin zu einer kooperativen europäischen Ordnung vorzulegen. Vielmehr sollte man sich zunächst darauf konzentrieren, interessenbasierte Kooperationsinseln als Voraussetzung für eine langfristige kooperative Wende zu schaffen.

Vielzahl von Krisen

Ein zentrales Merkmal der gegenwärtigen politischen Lage in Europa besteht in der Vielzahl, Komplexität und Heftigkeit ganz unterschiedlicher Krisen. In einem globalen Kontext, in dem Europa deutlich an Macht verliert und die USA Führungsschwächen in Bezug auf Europa zeigen, was sich unter kommenden Administrationen vertiefen könnte, sind aus europäischer Sicht vier Konfliktdimensionen zentral:

- Die Existenzkrise der Europäischen Union, deren Fähigkeit strategisch zu handeln von zentrifugalen Tendenzen, einer wirtschaftlich Nord-Süd-Spaltung und allgemeiner Entsolidarisierung bedroht wird.
- Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten, deren Auswirkungen Europa zum ersten Mal direkt betreffen.
- Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen, der anderer Natur ist als der Kalte Krieg, aber nicht unbedingt weniger gefährlich.
- Und schließlich das Erstarken populistischer bis extremistischer Kräfte, die bereits Regierungen beeinflussen und in Zukunft die eine oder andere übernehmen könnten.

Soviel Un-Ordnung war lange nicht, schon deshalb ist es schwierig, über europäische Ordnung zu schreiben. Die Konflikte sind dynamisch und interaktiv. Eine Vielzahl von Wechselwirkungen kann zu schnellen nichtlinearen Effekten und Politikwechseln führen, die Entwicklung des russisch-türkischen Verhältnisses ist nur ein Beispiel.

Die Krise der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen (in diesem Kontext die Mitgliedsstaaten von EU und NATO), auf die hier besonders eingegangen werden soll, ist eingebettet in diesen größeren Zusammenhang. Das bedeutet auch, dass Entwicklungen außerhalb Europas in den europäischen Kontext hineinwirken können und umgekehrt, beides in positivem und in negativem Sinn. Der Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch die türkischen Streitkräfte

verschlechterte das Verhältnis dieser beiden Staaten drastisch. Umgekehrt könnte eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Russland, den USA und europäischen NATO-Staaten in Sachen Syrien positive Auswirkungen auf Europa haben.

Konflikte zwischen Russland und dem Westen

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dominieren das Denken und Handeln in Europa mehr, als ihrer abnehmenden Bedeutung eigentlich zukommt. Bei der aktuellen Krise sind zumindest fünf Ebenen zu unterscheiden: *Erstens* ist sie eine normative Krise: Beide Seiten beziehen sich zwar auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki (bei der Charta von Paris ist das schon nicht mehr so klar), interpretieren aber deren Prinzipien in ganz unterschiedlicher Weise. Das bedeutet, dass eine primär normbasierte kooperative Sicherheitspolitik zwischen Russland und dem Westen derzeit nicht möglich ist. Andererseits eröffnet die Berufung auf dieselben Prinzipien zumindest grundsätzlich die Chance, über deren Bedeutung für konkrete Politik zu sprechen. *Zweitens* betrifft die Krise subregionale Konflikte, die teils neu entstehen (Ukraine) oder wie im Falle von Berg-Karabach erneut eskalieren. Beides birgt das Risiko eines gesamteuropäischen Konflikts zwischen Russland und der NATO. Ein *drittes* Element ist der verstärkte Konfliktaustrag mit militärischen Mitteln. Neu ist hier, dass Russland in Europa zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges militärische Mittel gegen westliche Interessen einsetzt. Ergebnis ist eine Remilitarisierung der sicherheitspolitischen Beziehungen, die bisher hauptsächlich zu vermehrter militärischer Übungstätigkeit und der Bereitstellung von Reserven, aber noch nicht zu einem allgemeinen Wettrüsten geführt hat. Ein solches ist jedoch genauso wenig auszuschließen wie eine Renuklearisierung der Sicherheitsbeziehungen. *Viertens* hat die Krise in und um die Ukraine gezeigt, dass wirtschaftliche und integrationspolitische Konkurrenz

unter den gegebenen Bedingungen in einen militärischen Konflikt umschlagen kann. *Fünftens* unterscheiden sich die jeweiligen Erzählungen (»Narrative«) der Seiten darüber, warum alles so gekommen ist, nicht nur grundlegend, sondern schließen sich häufig wechselseitig aus. Damit ist es schwieriger geworden, einen Ausgangspunkt für den Dialog zu finden. Die genannten Elemente führen zusammen genommen zu einem umfassenden ordnungspolitischen Konflikt. Es gibt kein gemeinsames Verständnis mehr über die *Rules of the Road*, darüber, was in den Beziehungen zulässig bzw. verboten ist. Hinzu kommen viel Enttäuschung und Vertrauensverlust, allein schon deshalb ist eine schnelle Rückkehr zu einem *business as usual* kaum denkbar.

Die Schwierigkeiten, eine »Strategie« für eine europäische Ordnung zu finden

Eine Strategie ist die Verknüpfung von Mitteln in Bezug auf Ziele vor dem Hintergrund gegebener Bedingungen. Derzeit hakt es bei allen drei Elementen: Die Bedingungen ändern sich laufend, die Ziele sind (noch) kaum definiert oder strittig, damit ist die Rolle konkreter Politikinstrumente schwer zu bestimmen. Etwas konkreter sind es vor allem die folgenden Elemente, die die Erarbeitung einer Strategie hin zu einer kooperativen europäischen Ordnung schwierig machen. *Erstens* erfordert das hohe Niveau an Unsicherheit und Kontingenz häufig eigene schnelle Politikwechsel auch grundlegenderer Art, die mit den Erfordernissen einer zielgerichteten Strategie oft nicht zu vereinbaren sind. Das betrifft keineswegs nur das Verhältnis des Westens zu Russland, sondern auch innerwestliche Prozesse, z. B. einen möglichen Brexit oder den Türkeischwenk der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik. *Zweitens* sind zumindest die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten derart tief verwurzelt, dass sie, wenn überhaupt, nur langfristig lösbar sind. *Drittens* macht Misstrauen, ja oft auch schon Feindschaft bereits kleine Schritte schwierig. Und *viertens* haben Regierungen und Experten die bisherigen Entwicklungen kaum verarbeitet, verstehen vieles nicht und sind insgesamt überfordert von der Wucht zahlreicher Schocks, auf die es fortlaufend zu antworten gilt.

Konsequenzen für das Nachdenken über eine kooperative europäische Ordnung

Das erst vor sechs Jahren erklärte Ziel bleibt eine kooperative europäische Ordnung, eine »euroatlantische[n] und eurasische[n] Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok [...], deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind.« (OSZE-Gedenkerklärung von

Astana, Dezember 2010). Der Abstand zwischen der heutigen Lage und diesem Ziel ist allerdings so groß, dass es unmöglich ist, eine realistische Strategie zu entwickeln. Das ist kein Defaitismus, sondern eine wichtige Erkenntnis, führt doch die Hoffnung auf eine schnelle grundlegende Verbesserung der Lage regelmäßig in die Sackgasse: Man müsse nur einen OSZE-Gipfel zusammenbringen oder einen Durchbruch in der Abrüstung schaffen, dann werde schon alles besser. Das sind Illusionen, es gibt keine *Game Changer* oder *Silver Bullets*, noch nicht einmal *Low Hanging Fruits*. All diese Vorstellungen aus der US-amerikanischen Verhandlungs-»Theorie«, wonach Dinge schnell machbar sind, wenn man es nur richtig anstellt, treffen nicht (mehr) zu, sondern repräsentieren eine in die Irre führende Vorstellungswelt. Die wichtigste Aufgabe besteht heute darin, eine weitere Verschlechterung der Gesamtlage zu verhindern, einzelne Konflikte einzudämmen und zu stabilisieren und den Ausbruch neuer zu verhindern.

Kooperationsinseln schaffen

Vor diesem Hintergrund geht es darum, zu einzelnen Themen, bei denen es parallele Interessen gibt, zu einer interessenbasierten Zusammenarbeit zu gelangen. Die Hoffnung besteht darin, diese zunächst unverbundenen »Kooperationsinseln« in einem längeren Prozess zu verknüpfen und darüber das Vertrauen zu schaffen, das zur Erörterung weiterreichender Perspektiven nötig ist. Zivilgesellschaftliche Akteure können helfen, Themen anzupacken, an die sich die Regierungen noch nicht wagen.

Für einen solchen Ansatz sind die drei Themenfelder, die der stellvertretende russische Außenminister Alexei Meschkow vor einigen Monaten zur Kooperation im OSZE-Kontext vorgeschlagen hat (s. Meshkov, in den Lesetipps), von Bedeutung: *Erstens* eine Diskussion über die sog. »Integration der Integrationen«, um »einen gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raum vom Atlantik bis zum Pazifik« (Meshkov ..., S. 45; Übersetzung durch den Autor) zu schaffen. Das dürfte nicht mehr unmöglich sein; haben doch auch die vier Staatschefs des Normandie-Formats (Ukraine, Russland, Frankreich, Deutschland) im Rahmen des Minsker Implementierungsabkommens vom 12. Februar die Frage trilateraler Wirtschaftsgespräche zwischen EU, Ukraine und Russland angesprochen (s. The Press and Information Office of the Federal Government, in den Lesetipps). *Zweitens* schlug Meschkow vor, sich mit dem Ziel einer Bekräftigung der Prinzipien von Helsinki mit den entsprechenden normativen Problemen zu befassen, »einschließlich der Notwendigkeit, einen Konsens über das Verhältnis zwischen der territoria-

len Integrität der Staaten und des Rechts auf nationale Selbstbestimmung zu erzielen« (Meshkov ..., S. 46). Und schließlich schlug er vor, bei der Bewältigung der Krisen in Syrien, im Irak, in Libyen und im Jemen und bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenzuarbeiten. Man möchte diese Liste gerne um die Ukraine und Berg-Karabach ergänzen. Zu der naheliegenden Frage, ob Meschkows Vorschläge Substanz haben, wird es unterschiedliche Meinungen geben, herausfinden wird man es nur, wenn man sie testet.

Naturngemäß ist die OSZE nicht der Rahmen zur Bearbeitung all dieser Fragen, vieles davon wird im EU- oder NATO-Rahmen behandelt werden müssen. Aber

bei Konflikten in Europa, bei Fragen von Prinzipien und Normen und neuerdings auch bei Grundsatzfragen wirtschaftlicher Konnektivität steht die OSZE vorne an. Dabei wirkt die Organisation sowohl als Rahmen, in dem alle zusammenkommen können, als *Agenda Setter*, als Normsetzungs- und Sozialisierungsinstantz sowie, siehe die Ukraine, als operatives Instrument zur Krisenregulierung. Inwieweit die Organisation tatsächlich liefern kann, hängt weniger von ihr selbst ab, sondern davon, ob relevante Teilnehmerstaaten die OSZE nutzen. Dass Deutschland den OSZE-Vorsitz 2016 übernommen hat, hat ein Zeichen gesetzt. Nun kommt es darauf an, dass andere größere Staaten diesem Beispiel folgen.

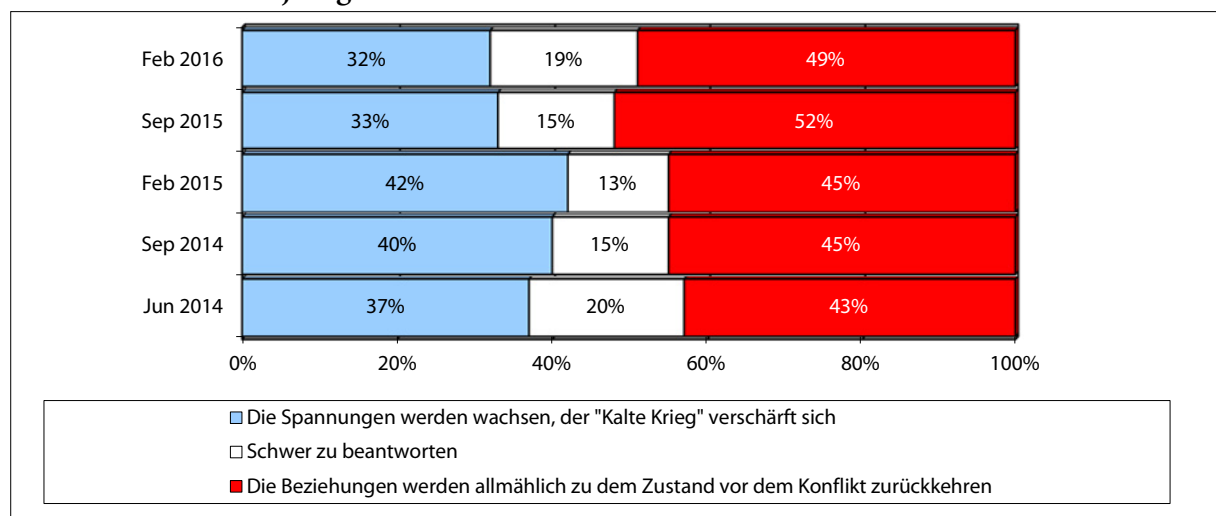
Über den Autor

Dr. Wolfgang Zellner ist Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Leiter von dessen Zentrum für OSZE-Forschung (CORE).

Lesetipps

- Allgemein: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch; <<https://ifsh.de/core/Publikationen/OSZE-Jahrbuch>>.
- Hakkarainen, Petri, Christian Nünlist: Trust and Realpolitik: The OSCE in 2016 [Center for Security Studies, CSS Policy Perspectives, Bd. 4, Ausg. 1], ETH Zürich, CSS: 2016 Zürich; <<http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-security-studies/pdfs/PP4-1.pdf>>.
- Meshkov, Alexey: Russia and Europe: What Next?, in: International Affairs, 61. 2015, Nr. 6, S. 39–47.
- The Press and Information Office of the Federal Government (Bundespresseamt): Declaration by the President of the Russian Federation, the President of Ukraine, the President of the French Republic and the Chancellor of the Federal Republic of Germany in support of the "Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements", adopted on February 12, 2015 in Minsk, 12. Februar 2015; <https://www.bundesregierung.de/Content/EN/Pressemitteilungen/BPA/2015/2015-02-12-ukraine-erklaerung_en.html>.

Grafik 1: Wie werden sich die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Ländern nach dem jetzigen Konflikt über die Krim und die Ukraine entwickeln?



Quelle: Umfragen des Lewada-Instituts vom 19.–24. Februar 2016, <<http://www.levada.ru/2016/03/16/vozmoznnye-voennye-konflikty-rossii-so-stranami-zapada/>>, 20. März 2016

Militärische Vertrauensbildung zwischen Russland und dem Westen – Herausforderung für die OSZE

Nadja Douglas, Berlin / Chişinău¹

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts und der verhärteten Fronten zwischen Ost und West ist das derzeit vorherrschende Defizit an Sicherheit und Vertrauen in Europa unübersehbar. Mangelnde militärische Transparenz in der Konfliktregion und der Dissens in Rüstungskontrollfragen sind symptomatisch für das neue frostige politische Klima. Der deutsche OSZE-Vorsitz 2016 hat sich zum Ziel gesetzt, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen wieder ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Ob es uns gefällt oder nicht, Russland ist hier einer der Schlüsselakteure und der Grad der russischen Kooperationsbereitschaft wird ausschlaggebend sein für den Erfolg künftiger Bemühungen (auch über den deutschen Vorsitz hinaus). Dieser Beitrag arbeitet zunächst die Bedeutung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) in einem veränderten internationalen Sicherheitsumfeld sowie das Potenzial für die Weiterentwicklung bestehender Mechanismen heraus. In einem nächsten Schritt sollen die divergierenden Interessen im Bereich VSBM sowie die Bedrohungswahrnehmungen hinter dem diplomatischen und öffentlichen Diskurs erläutert werden.

Einleitung

Was heute unvorstellbar ist, war Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre Realität: Es existierte ein funktionierender Sicherheitsdialog zwischen Ost und West, strategische Zurückhaltung war nahezu selbstverständlich und sogar gemeinsame Militärübungen von NATO und Russland waren möglich geworden. NATO- und EU-Erweiterung auf der einen und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Frühjahr 2014 durch Russland auf der anderen Seite sind nur einige der Faktoren, die das gegenseitige Vertrauen zwischen Russland und dem Westen nachhaltig zerstörten. Der mühsame Prozess der Annäherung im Rahmen von unzähligen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ist innerhalb weniger Jahre zunichtegemacht worden. Die letzten Jahre waren vielmehr von chronischen Verständigungsproblemen, Missdeutungen und einem militärischen Informationsaustausch geprägt, der inkonsequent und nur von mäßiger Aussagekraft ist. Darüber hinaus sind Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in den letzten Jahren marginalisiert worden, da die EU und die NATO anderen Instrumenten des internationalen Krisenmanagements den Vorzug gaben, wie z. B. Sanktionsregimen, der Entsendung von multilateralen zivilen und militärischen Missionen, sowie der Schaffung schneller militärischer Eingreiftruppen. All dies geschah auf Kosten des ultimativen Ziels, für das die KSZE bzw.

heute die OSZE standen und stehen: die Schaffung einer kooperativen und unteilbaren Sicherheitsstruktur in Europa.

Die Bedeutung von Vertrauensbildung in einem veränderten Sicherheitsumfeld

Vertrauensbildende Maßnahmen sind seit jeher ein effektives Instrument, um Kontroversen und Misstrauen durch Mediation und durch Annäherung in verschiedenen, für alle Parteien gleichermaßen bedeutenden Themenbereichen zu beseitigen und ihnen vorzubeugen. Wenn derartige Maßnahmen auf den Bereich der militärischen Transparenz und der Umsetzung von Sicherheitspolitik ausgeweitet werden (z. B. in Form von Informationsaustausch über die Anzahl von Streitkräften, schwerer Waffensysteme und allgemeiner Militärplanung sowie regelmäßiger Vor-Ort-Inspektionen), dienen sie ebenfalls als Instrument für Konfliktprävention und -management.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation wurden VSBM (s. Textbox auf der nächsten Seite) – im Zusammenspiel mit der Rüstungskontrollfrage und weiteren Schritten in Richtung Abrüstung sowohl konventioneller als auch nuklearer Waffen – zu einem noch wichtigeren Thema.

Vor dem Hintergrund eines sich zunehmend fragmentierenden Sicherheitsumfelds, das sich heute in einen euro-atlantischen, eurasischen sowie einem geopolitisch umstrittenen und deshalb nach wie vor undefinierten Sicherheitsraum dazwischen aufgliedert, findet das einst als »Eckstein europäischer Sicherheit« bezeichnete konventionelle Rüstungskontrollregime (KSE-Vertrag) keine Anwendung mehr.

¹ Teile des vorliegenden Beitrags erscheinen zudem am 2. Mai 2016 im Rahmen des Polis 180 Policy Papers »Dialogue, consensus, comprehensive security, field action: Why the OSCE needs a new impetus now«. Weitere Informationen unter: <http://polis180.org/events/polis-paper-launch-why-the-osce-needs-a-new-impetus-now/>.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)

Die ersten Verhandlungen fanden im Rahmen der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zwischen 1984 und 1986 in Stockholm statt. Die Unterzeichnerstaaten einigten sich darauf, dass jedes Land das Recht hat, auf dem Gebiet jedes anderen Unterzeichnerstaates Inspektionen am Boden und in der Luft vorzunehmen. Die Verhandlungen wurden bis 1989 in Wien fortgeführt und führten schließlich 1990 zur Unterzeichnung des sogenannten »Wiener Dokuments«. Nach weiteren Verhandlungsrunden und einer Reihe von verfahrenstechnischen Änderungen (unter Federführung des Forums für Sicherheitskooperation) wurde 2011 ein aktualisiertes Dokument unter dem Namen »Wiener Dokument 2011« (»WD 2011«) verabschiedet. Verhandlungen über eine substantielle Modernisierung des Wiener Dokuments finden zur Zeit statt. Eine Überarbeitung soll demnach künftig regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, stattfinden.

Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)

Der ursprüngliche Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wurde 1990 von NATO und Warschauer Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Das Abkommen regelte die Abrüstung konventioneller Waffensysteme im Rahmen von festgelegten Obergrenzen in fünf Waffenkategorien und Stationierungsräumen für beide Staatenblöcke. Im Zuge der Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO-Ost-Erweiterung, wurde anlässlich des OSZE-Gipfels in Istanbul 1999 ein Anpassungsübereinkommen (A-KSE) unterzeichnet, das erstmals den Blockansatz aufhob. Es ist bis heute nicht in Kraft, da die NATO-Mitgliedstaaten eine Ratifizierung nach wie vor von dem Abzug russischer Truppen aus den von Territorialkonflikten beeinträchtigten Regionen in Moldawien und Georgien abhängig machen. Russland erkannte diese Bedingungen nicht als Teil des Vertrags an und reagierte auf die ausbleibende Ratifizierung vonseiten der NATO mit einer Suspendierung des KSE-Vertrags 2007. Nachdem im Mai 2011 die Gespräche im Format »36« (30-KSE-Vertragsstaaten plus sechs NATO-Beitrittsstaaten) abgebrochen wurden und Ende 2011 die überwiegende Mehrheit der NATO-Staaten ihrerseits die Vertragsverpflichtungen gegenüber Russland ausgesetzt hatten, fand 2011 noch eine ergebnislose Überprüfungskonferenz statt. Bis auf weiteres wird aber der jährliche Informationsaustausch unter den Vertragsstaaten fortgeführt. Russland zog sich jedoch 2015 endgültig aus den Gemeinsamen Beratungsgruppen zurück.

Vertrag über den Offenen Himmel

Der Vertrag über den Offenen Himmel von 2002 ergänzt und erweitert die Vor-Ort-Inspektionen des Wiener Dokuments und des KSE-Vertrags indem er Beobachtungsfüge mit zertifizierten Flugzeugen und Beobachtungssensoren in den 34 Mitgliedsstaaten vorsieht. Der Vertrag ist nicht offiziell Teil der OSZE-Instrumente, jedoch tagt die »Beratungskommission Offener Himmel« in den Räumlichkeiten des OSZE-Sekretariats in Wien.

Das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und der »Vertrag über den Offenen Himmel« (OH) stellen im OSZE-Raum die letzten verbleibenden – jedoch nur mäßig funktionierenden – VSBM-Mechanismen dar. Sie bedürfen jedoch einer dringenden Modernisierung (s. Tabelle 1 und 2 auf S. 9).

Herausforderungen für den deutschen OSZE-Vorsitz

Der Konflikt in der Ukraine hat allzu deutlich gezeigt, dass das Fehlen eines verlässlichen konventionellen Rüstungskontrollregimes verheerende Folgen für militärische Transparenz und die Berechenbarkeit von Truppenbewegungen in der Konfliktregion hat. Trotz der derzeit ausgesetzten Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle fungieren die noch verbleibenden (politisch bindenden) Instrumente, das Wiener Dokument und der OH-Vertrag, als Kompensationsmechanismus für den dysfunktionalen (rechtsverbindlichen) KSE-Vertrag. Die OSZE hat sich dabei als das einzige inklusive Forum für den Dialog zu Fragen militärischer Transparenz bewährt – trotz der Tendenz bei einigen teilnehmenden Staaten, der OSZE weniger Aufmerksamkeit zu schenken bzw. multilaterale Foren gegeneinander auszuspielen (indem z. B. Themen in die NATO oder die EU bzw. bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) eingebracht werden, statt sie zum Gegenstand von Konsultationen innerhalb der OSZE zu machen). Der deutsche Vorsitz steht nun vor der großen Herausforderung, nicht nur den sicherheitspolitischen Acquis der OSZE zu wahren und zu stärken, sondern auch die Rolle der OSZE als erster Ansprechpartner im Bereich der militärischen Vertrauensbildung und des zivilen Krisenmanagements in Europa wieder zu festigen (»OSCE first«).

Es gilt eine Reihe von Hindernissen zu überwinden (viele davon steht nicht in der Macht des deutschen Vorsitzes, so z. B. die Frage ob es zu einem dauerhaften und nachhaltigen Waffenstillstand in der Ukraine kommt) bevor die 5. KSE-Überprüfungskonferenz, die im Herbst 2016 stattfinden soll, entsprechende substan-

zielle Ergebnisse erzielen kann. Wichtig ist vor allem, dass dem deklarativen Engagement für ein künftiges konventionelles Rüstungskontrollregime, das auf angepassten militärischen Fähigkeiten (umfassen neue Waffentypen sowie qualitative Fähigkeiten, wie z. B. die schnelle Dislozierung und Stationierung von Streitkräften,) und »verifizierbarer Transparenz« basiert, auch aktive Vermittlungsarbeit folgen wird. Die Überprüfungskonferenz sollte folglich nicht zu einer technokratischen Routineveranstaltung werden, sondern ein deutliches Signal aussenden, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung weiterhin auf höchster Ebene ernstgenommen und diskutiert werden.

Weiterentwicklung bestehender Mechanismen

Insbesondere im politisch-militärischen Bereich ist es sinnvoll darüber nachzudenken, wie die friedensfördernde Rolle der Zivilgesellschaft gewinnbringend in die VSBM-Thematik und Rüstungskontrollfragen einzubeziehen ist. Folglich sollten nicht nur Fachkreise und regierungsnahe *think tanks* mit diesen Themen befasst werden, sondern ein breites Spektrum interessierter zivilgesellschaftlicher Organisationen. In diesem Zusammenhang könnte z. B. auch die »Civic Solidarity Platform« der OSZE² weiter ausgebaut werden. Bis heute fehlt innerhalb der OSZE ein Konsens über eine formale Ausweitung der Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren über die dritte, menschliche Dimension hinaus auf die erste, politisch-militärische Dimension. Es gibt durchaus erfolgreiche Beispiele aus anderen Zusammenhängen, die wegweisend sein könnten. So hat z. B. in der Vergangenheit eine Kombination aus politischem Willen, Druck durch eine zunehmend transnationale Zivilgesellschaft im Zusammenspiel mit einer mobilisierten Öffentlichkeit dazu geführt, dass die sogenannte »Ottawa-Konvention« (1997) über das vollständige Verbot und die Ächtung von Landminen zustande kam.

Experten haben in der Vergangenheit eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die pragmatische Aspekte der Rüstungskontrolle wieder ins Zentrum rücken. Dazu gehört zum Beispiel der Vorstoß, einen Konsens über die Einsetzung eines OSZE-Sonderbeauftragten für Rüstungskontrollfragen zu erzielen. Dieser könnte dazu beitragen, die Implementierung des Wiener Dokuments zu unterstützen sowie Verhandlungen zu einem neuen Rahmenabkommen zu koordinieren, das eine Modernisierung des konventionellen Rüstungskontrollregimes zum

Ziel hat. Der Sonderbeauftragte könnte darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen, so z. B. Vorschläge und Positionen der teilnehmenden Staaten aufeinander abzustimmen und ständige Kontakte mit Vertretern in der NATO, der EU, sowie der OVKS aufzubauen.

Kontroverse Positionen, Interessen und Bedrohungswahrnehmungen

Während Russland seine früheren Forderungen und Bedenken mit Blick auf den KSE-Vertrag endgültig *ad acta* gelegt hat und nun ein eher kontraproduktives Verhalten an den Tag legt (die derzeitige Ablehnung weitergehender rüstungskontrollpolitischer Schritte wird vor allem mit dem Verweis auf das Programm zur Modernisierung der russischen Streitkräfte und Waffensysteme bis 2020 begründet)³, beharrt die US-amerikanische Seite seit über 15 Jahren auf den nahezu gleichen Forderungen. Diese betreffen in erster Linie die Beendigung der russischen Militärpräsenz in Transnistrien (Moldau) sowie in Südossetien und Abchasien (Georgien). Mit anderen Worten tauschen sich die Großmächte schon seit Längerem nicht mehr über wesentliche technische Aspekte der Rüstungskontrolle aus, sondern knüpfen implizit (oder oftmals auch explizit) politische Forderungen an die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Somit nehmen sowohl Russland als auch die USA die Sicherheitsinteressen anderer teilnehmender Staaten, insbesondere der Staaten, die sich im geopolitischen Spannungsfeld befinden (dazu zählen insbesondere die Ukraine, Moldau und Georgien), seit Jahren in Geiselhaft. Konstruktiver, als in diesen Staaten gegensätzliche Bedrohungswahrnehmungen zu schüren, wäre es zudem, den Fokus eher auf gemeinsame Bedrohungen und Sicherheitsrisiken zu richten, die für den gesamten Euro-Atlantischen und Eurasischen Sicherheitsraum sowohl gefährlich als auch unmittelbar sind.

Es ist sowohl amerikanische als auch russische Taktik, sich regelmäßig gegenseitig den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben und den jeweils anderen für die Stagnation in den Verhandlungen und die fehlende Umsetzung von Verpflichtungen verantwortlich zu machen, um die eigenen Interessen und Strategien zu verbergen. Fatal ist dabei, dass sich beide Großmächte bewusst sind, dass sie Schlüsselakteure in den Verhandlungen sind. Das

2 Die »Civic Solidarity Platform« ist ein dezentralisiertes Advocacy-Netzwerk von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Aktivisten aus der gesamten OSZE-Region, die darum bemüht sind, transnationale Kooperationen zu bestimmten Menschenrechtsthemen aufzubauen.

3 Es werden allerdings weiterhin russische Forderungen hinsichtlich einer Definition des Begriffs »substanzieller Kampftruppen« geäußert. In der NATO-Russland-Grundlagenakte von 1997 wurde festgelegt, dass diese nicht in den neuen östlichen Mitgliedsstaaten der NATO stationiert werden dürfen. Doch in Polen und im Baltikum befinden sich derzeit rotierende schnelle Reaktionskräfte der NATO Response Force. Diese sind dort zwar nur temporär stationiert aber dennoch in einer strategischen Grauzone, da sie keinerlei Inspektions- bzw. Verifikationsregime unterliegen.

macht im Grunde jede Form von Verhandlung unmöglich, sobald sich eine der beiden Seiten davon distanziert.

Was steckt hinter dem Diskurs?

Der politisch-militärische Bereich allgemein, insbesondere die Militärplanung, ist ein äußerst sensibles Politikfeld. Demnach wird die Preisgabe von Informationen an andere Staaten bzw. Staatenkonferenzen (wie z. B. im Rahmen der ersten Dimension der OSZE) von einigen Staaten mitunter als Eingriff in ihre staatliche »*domaine réservé*« angesehen. In den USA spielt – auch vor dem Hintergrund ihrer Führungsrolle innerhalb der transatlantischen Allianz – das Thema Rüstungskontrolle eine wichtige, jedoch nicht die dominierende Rolle. Ganz anders verhält es sich hingegen in Russland, wo der übersteigerte Sicherheitsdiskurs und -komplex sicherlich zu großen Teilen historisch bedingt ist, sich aber mit Blick auf die konventionelle Rüstungskontrolle auch durch die Wahrnehmung einer zunehmenden Überlegenheit des Westens im Bereich der konventionellen strategischen Waffensysteme erklären lässt. Das Thema militärische Vertrauensbildung ist – im Kontext einer permanent in Alarmbereitschaft befindlichen russischen Bevölkerung – ein in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft intensiv diskutiertes Thema. So wird zum Beispiel in den russischen Medien regelmäßig ausführlich über Beobachtungsflüge berichtet, die über russischem Territorium im Rahmen des OH-Vertrags stattfinden. Solche Ereignisse sind in den meisten (zwar hochgerüsteten aber in militärischen Belangen unkundigen) westlichen Gesellschaften – wenn überhaupt – für Experten interessant, in den Medien jedoch höchstens eine Randnotiz wert. Mit anderen Worten: Die Bedrohungswahrneh-

mungen zwischen Ost und West könnten unterschiedlicher nicht sein. Nicht zuletzt deshalb wird innerhalb der OSZE derzeit darüber diskutiert, das Kapitel III des Wiener Dokuments (Mechanismus zur Konsultation und Kooperation im Falle ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten) um ein Unterkapitel zu Bedrohungswahrnehmungen zu ergänzen.

Ausblick

Konventionelle Rüstungskontrolle ist und bleibt der Schlüssel für weitergehende Abrüstungsverhandlungen, auch im nuklearen Bereich. Nachhaltige Fortschritte in der militärischen Vertrauensbildung sind – vor dem Hintergrund einer erneut drohenden Rüstungsspirale – gerade jetzt von eminenter Bedeutung. Mangels alternativer gemeinsamer Verhandlungsgrundlagen, könnte das Thema Rüstungskontrolle (ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges, siehe auch Pifer in den Lesetipps, S. 121) wieder als einziges verbleibendes Instrument der Vertrauensbildung zwischen Ost und West dienen. Ausschlaggebend wird dabei vor allem die Entwirrung des komplexen Geflechts sein, das mittlerweile zwischen Rüstungskontrolle und diversen politischen Forderungen entstanden ist. Die OSZE ist hierfür unerlässlich, denn sie ist nach wie vor das einzige inklusive – wenn auch nur unzureichend institutionalisierte – Forum für einen Austausch über militärische Vertrauensbildung zwischen Russland und dem Westen. Nicht zuletzt deshalb sollte die OSZE wieder Priorität genießen, vor allem in jenen Handlungsbereichen, in denen die Organisation im Vergleich zu anderen multilateralen Foren einen normativen, praktischen und gerade in der militärischen Vertrauensbildung auch technischen Erfahrungsvorsprung vorweisen kann.

Über die Autorin

Nadja Douglas war Doktorandin an der Berlin Graduate School of Social Sciences (Humboldt-Universität) und befasste sich in ihrer kürzlich eingereichten Dissertation mit ziviler Streitkräftekontrolle in der Russischen Föderation. Zu ihren Forschungsinteressen zählen zivil-militärische Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle im OSZE-Raum. Seit Anfang März ist Nadja Douglas Political Officer und Liaison für den deutschen OSZE-Vorsitz bei der OSZE-Mission in Moldau. Die in diesem Beitrag geäußerten Gedanken geben ausschließlich die persönlichen Ansichten der Autorin wider.

Lesetipps

- OSZE: Wiener Document 2011 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen. FSC.DOC/1/11, 30 November 2011; <<https://www.osce.org/de/fsc/86599?download=true>>.
- Schmidt, Hans-Joachim: Der lange Abschied Russlands von KSE, in: Wissenschaft & Frieden, 2015, Nr. 2, S. 46–47; <<http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2047>>.
- Richter, Wolfgang: Rüstungskontrolle und militärische Transparenz im Ukraine-Konflikt [=SWP-Aktuell], September 2014; <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A59_rrw.pdf>.
- Pifer, Steven: US-Russia Relations in the Obama Era: From Reset to Refreeze?, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (Hg.): OSCE Yearbook 2014, Bd. 20, Baden-Baden: Nomos 2015, S. 111–123; <<https://ifsh.de/core/publikationen/osze-jahrbuch/2012/>>.

TABELLEN ZUM TEXT

OSZE-Aktivitäten im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen

Tabelle 1: Beobachtungsflüge im Rahmen des OH-Vertrags

Jahr	2012	2013	2014
Beobachtungsflüge über russischem Territorium	34	33	35
Von Russland durchgeführte Flüge über dem Territorium anderer Staaten	38	41	39

Quelle: Fragebögen zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit 2013–2015, <<http://www.osce.org/fsc/86795>>

Tabelle 2: Inspektionen und Ankündigungen im Rahmen des Wiener Dokuments 2011

Jahr	2012	2013	2014
Inspektionen auf russischem Territorium (Quote)	3	3	3
Von Russland durchgeführte Inspektionen in anderen Staaten	11	10	22
Ankündigungen militärischer Aktivitäten Russlands	80	107	128
Ankündigungen militärischer Aktivitäten anderer Staaten	1.400	1.445	2.006

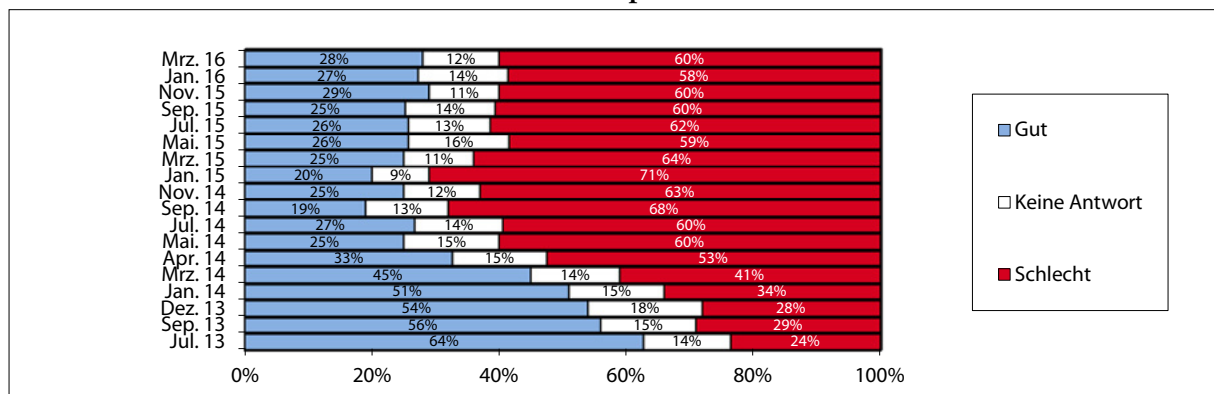
Quelle: Fragebögen zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit 2013–2015, <<http://www.osce.org/fsc/86795>>

UMFRAGE

Russland und die Welt in Umfragen

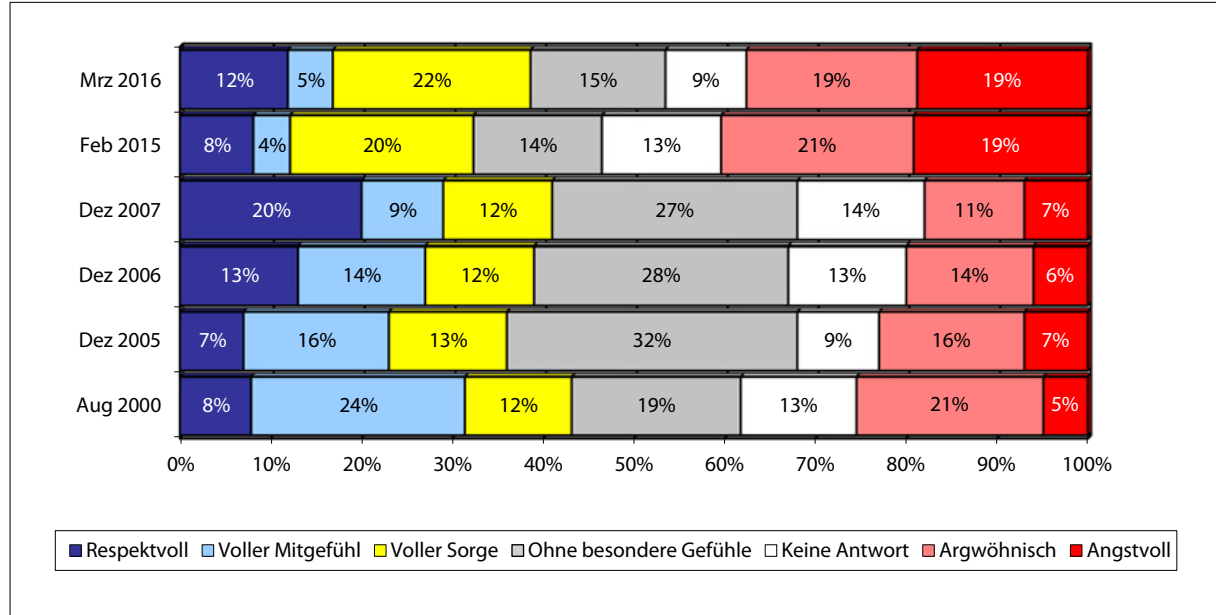
Internationale Beziehungen

Grafik 2: Wie ist derzeit Ihr Verhältnis zur Europäischen Union?



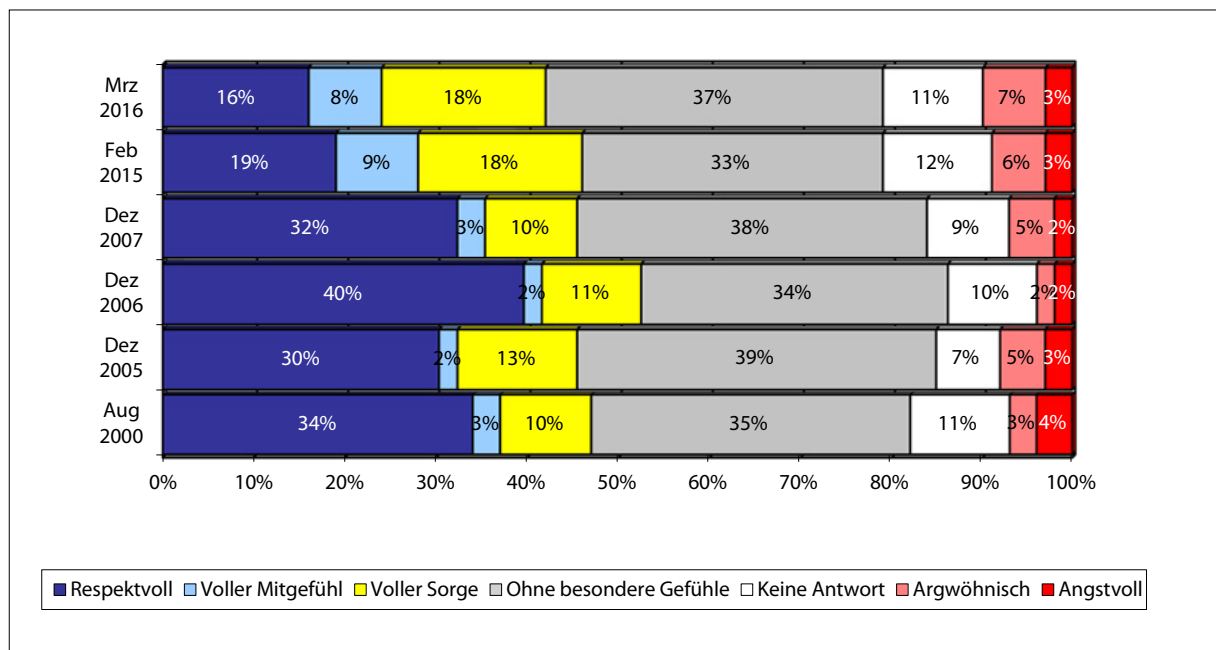
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/07/mezhdunarodnye-otnosheniya-2/>>, 7. April 2016

Grafik 3: Wie ist Ihrer Meinung nach heute im Westen die Einstellung zu Russland?



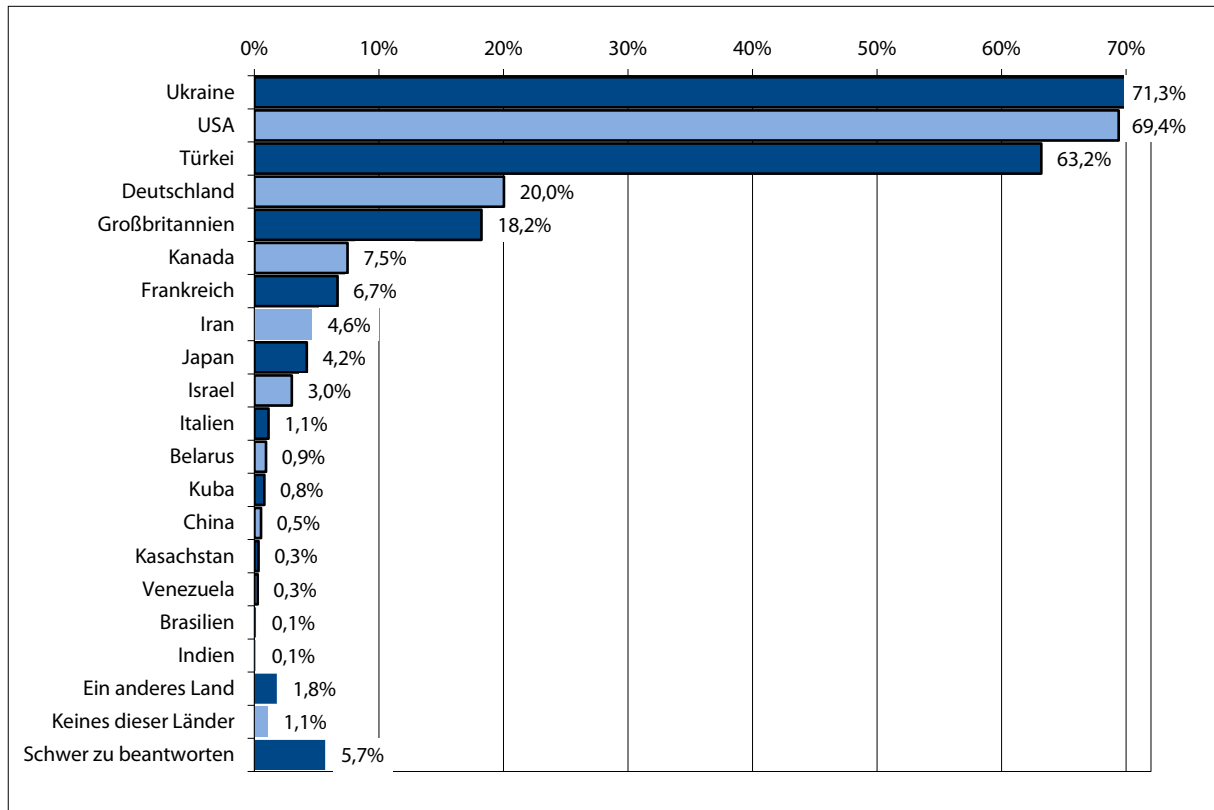
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/07/mezhdunarodnye-otnosheniya-2/>>, 7. April 2016

Grafik 4: Wie ist Ihrer Meinung nach heute in Russland die Einstellung zu den Ländern im Westen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/07/mezhdunarodnye-otnosheniya-2/>>, 7. April 2016

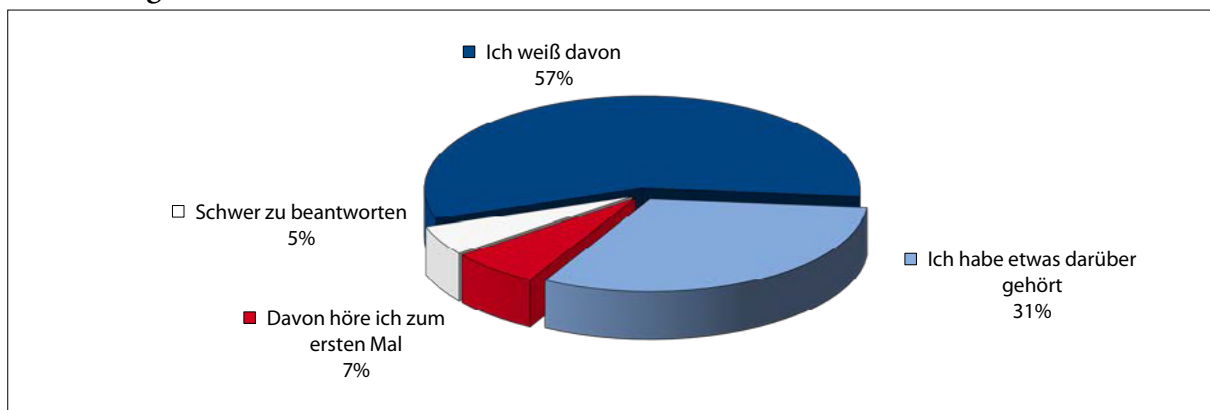
**Grafik 5: Zu welchen dieser Länder hat Russland derzeit die schlechtesten Beziehungen?
(Nicht mehr als 5 Antworten)**



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) <<http://fom.ru/Mir/12600>>, 14. April 2016

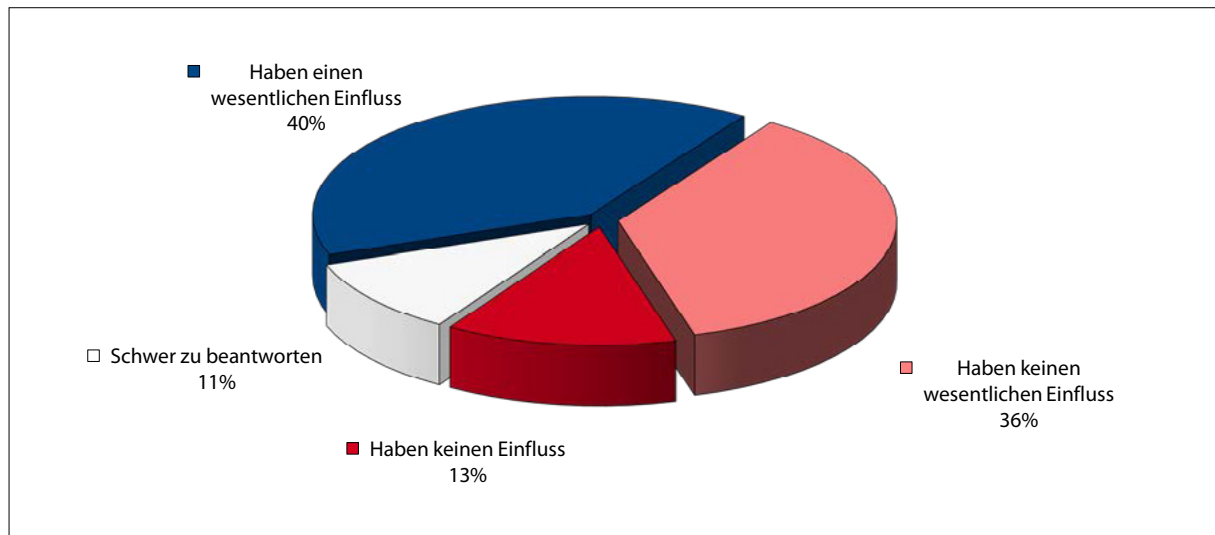
Sanktionen gegen Russland

Grafik 6: Wissen Sie von den Sanktionen, die von einer Reihe von Ländern, darunter Länder der EU, die USA, Kanada u. a., gegen Russland verhängt wurden, haben Sie davon gehört oder hören Sie zum ersten Mal davon?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 19.–20. März 2016, <<http://fom.ru/Mir/12600>>, 14. April 2016

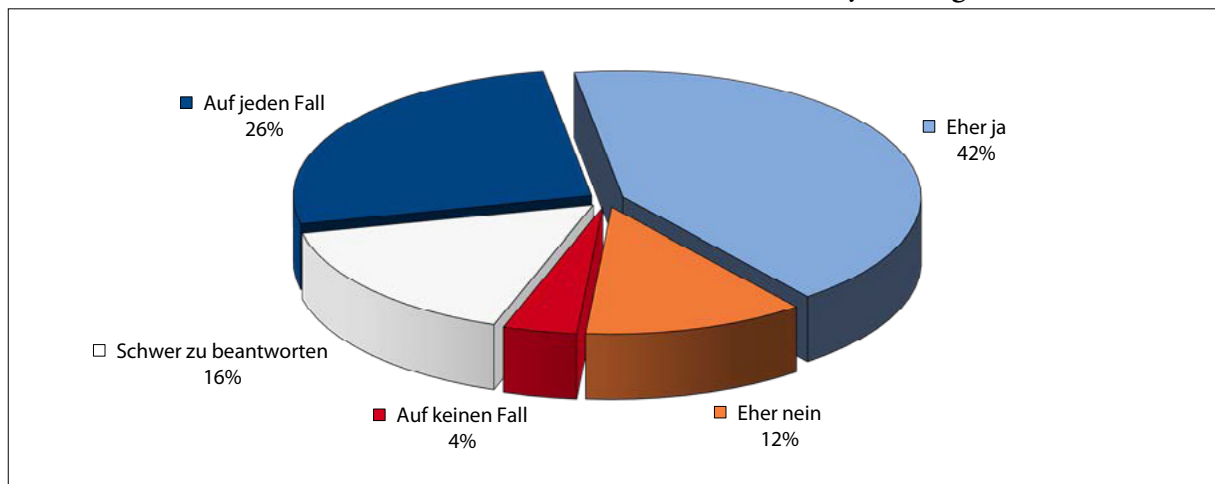
Grafik 7: Was denken Sie, haben die Sanktionen von Seiten anderer Länder einen Einfluss oder keinen Einfluss auf die Wirtschaft unseres Landes?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 19.–20. März 2016, <<http://fom.ru/Mir/12600>>, 14. April 2016

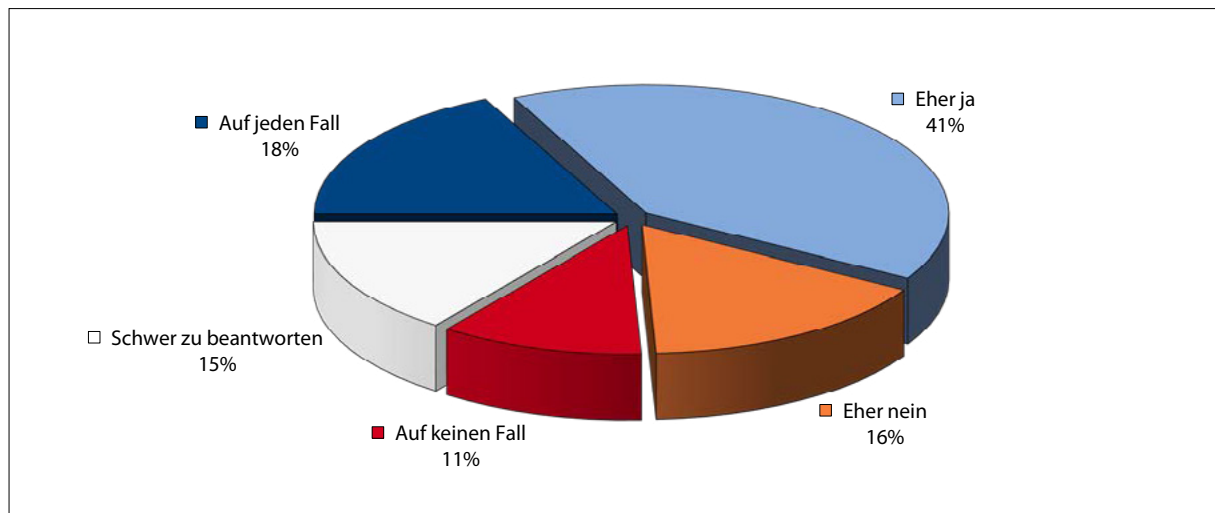
Russischer Militäreinsatz in Syrien

Grafik 8: Was denken Sie, hat die russische Regierung richtig gehandelt, als sie im vergangenen Herbst mit einem Luftwaffen- und Raketeneinsatz in Syrien begann?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/04/voennaya-kampaniya-v-sirii/>>, 6. April 2016

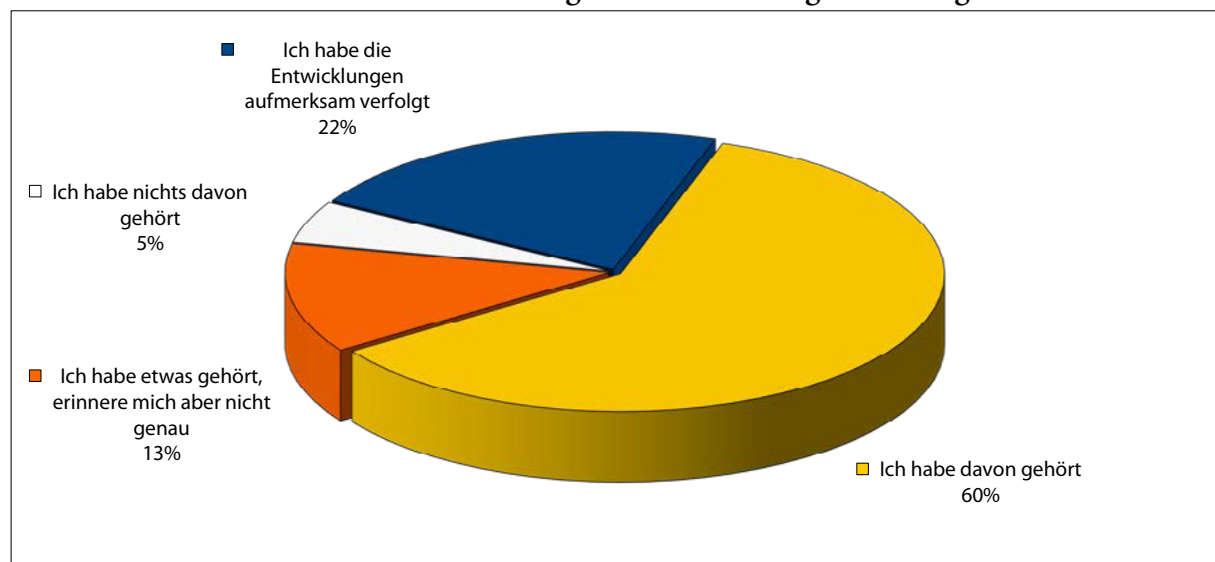
Grafik 9: Was denken Sie, sollte Russland die Luftwaffen- und Raketeneinsätze in Syrien fortsetzen?



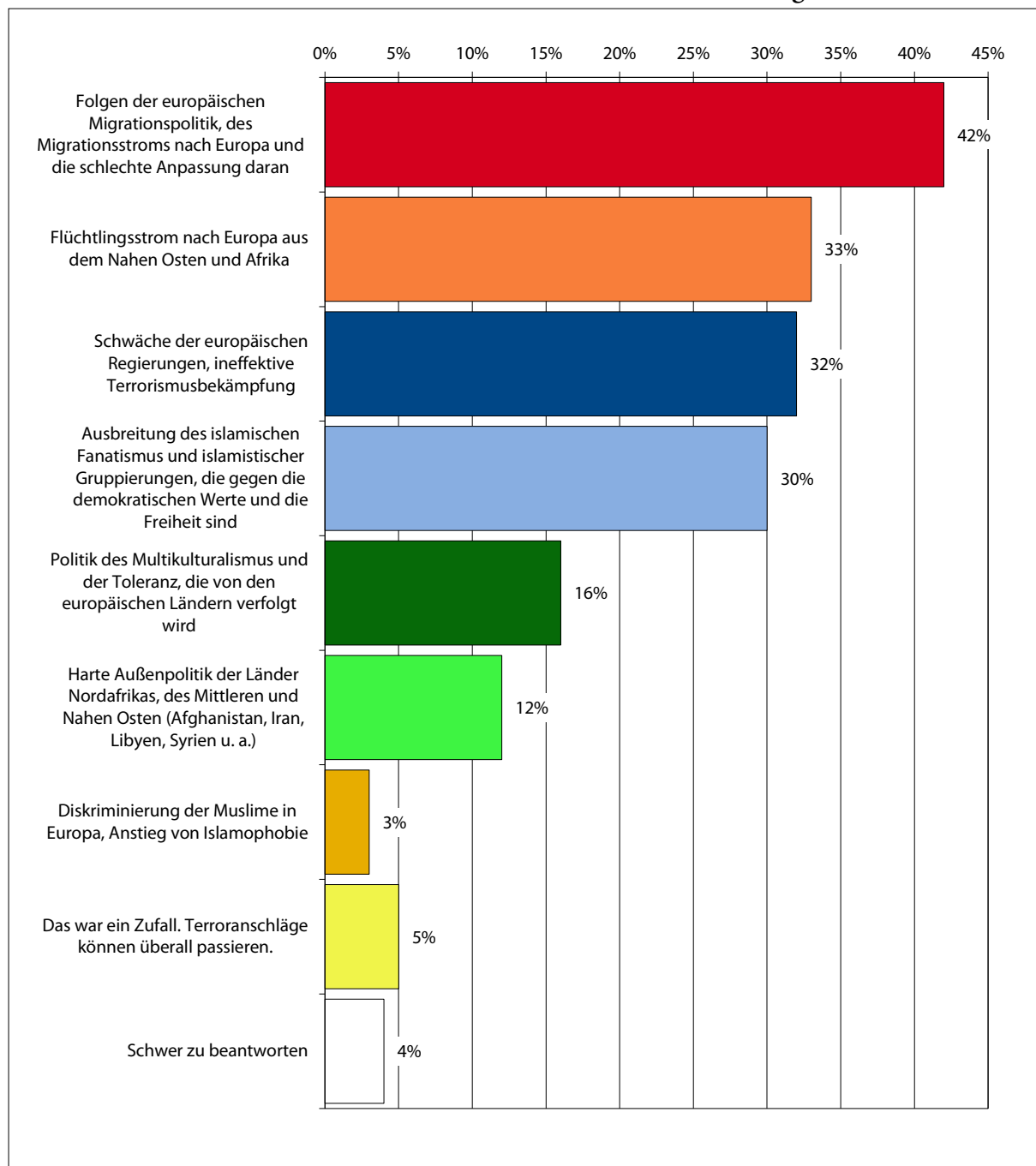
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/04/voennaya-kampaniya-v-sirii/>>, 6. April 2016

Terror in Brüssel und Terrorbedrohung in Russland

Grafik 10: Haben Sie von den Terroranschlägen letzten Dienstag in Brüssel gehört?

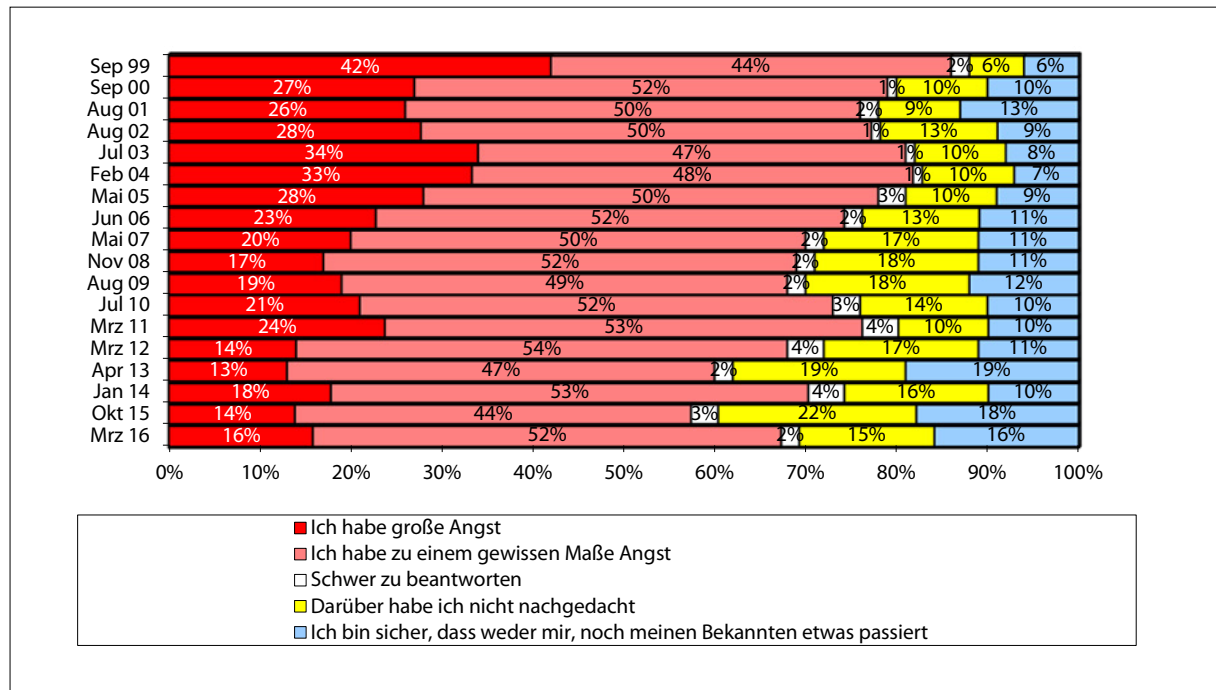


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/05/terakty-v-bryussele-i-strah-teraktov-v-rossii/>>, 6. April 2016

Grafik 11: Was denken Sie, was könnten die Ursachen des Terroranschlages in Brüssel sein?

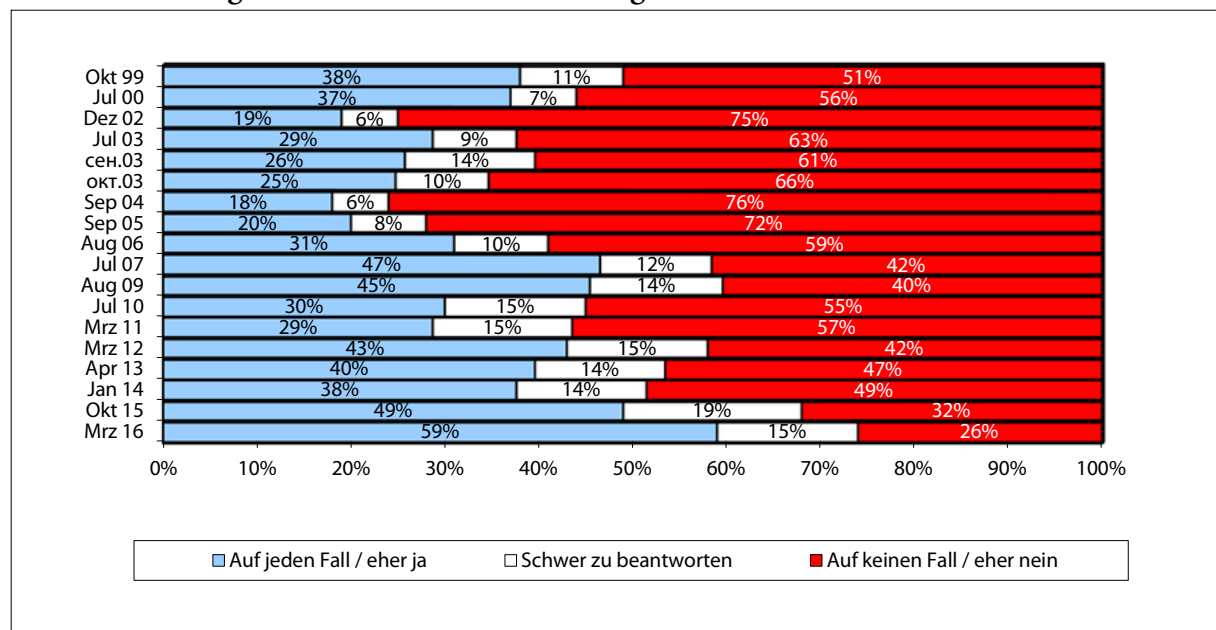
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <http://www.levada.ru/2016/04/05/terakty-v-bryussele-i-strah-teraktov-v-rossii/>, 6. April 2016

Grafik 12: Haben Sie Angst, dass Sie oder Ihre Bekannten Opfer eines Terroranschlages werden könnten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/05/terakty-v-bryussele-i-strah-teraktov-v-rossii/>> , 6. April 2016

Grafik 13: Sind die russischen Geheimdienste und das Innenministerium in der Lage die Bevölkerung Russlands vor neuen Terrorangriffen zu schützen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. März 2016, <<http://www.levada.ru/2016/04/05/terakty-v-bryussele-i-strah-teraktov-v-rossii/>> , 6. April 2016

Großmacht und Geschichte

Über die geistige Grundlegung der russischen Außenpolitik heute

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Russlands Führung ist in den Jahren 2015 und 2016 wieder ein relevanter Akteur in der internationalen Politik geworden. Sie hat eine Vorstellung von der Rolle des eigenen Landes entwickelt, die der russische Außenminister im März 2016 in einem Artikel in der Zeitschrift »Russia in Global Affairs« dargelegt hat. Darin begründet er die russische Großmachtrolle im Rückgriff auf die eigene Geschichte, aus der eine Reihe von Grundsätzen abgeleitet werden: Russland ist eine der führenden Mächte der Welt und versteht sich als europäischer Staat. Zugleich wird ein »westlicher« Wertekanon abgelehnt und durch ein Bekenntnis zur eigenen Tradition und zu dem besonderen kulturell-zivilisatorischen Weg Russlands ersetzt. Russland soll mit der EU und den USA auf Augenhöhe kooperieren, verwehrt sich aber gegen Kritik an seinen inneren Verhältnissen.

Man muss davon ausgehen, dass diese Vorstellungen die Perception der russischen Elite und ihr politisches Handeln prägen. Die deutsche und europäische Bereitschaft, mit der russischen Seite ins Gespräch zu kommen, ist groß. Doch der gegenwärtige russische Selbstvergewisserungsdiskurs macht es sehr schwierig, einen konstruktiven Dialog in Gang zu bringen, geschweige denn, eine Kompromisslinie zu finden.

Russland als Partner?

Die russische Führung hat in den Jahren 2015 und 2016 eine Reihe außenpolitischer Erfolge erzielt und spielt nun wieder eine größere Rolle in der internationalen Politik. Die Syrienkrise ist ohne Beteiligung Russlands nicht zu beenden, in der Ukrainefrage sind die Gesprächspartner auf eine Zusammenarbeit mit Russland angewiesen und auch die Reparatur der europäischen Sicherheitsordnung erfordert die Kooperation der russischen Führung. Es lohnt sich daher, verstärkt darüber nachzudenken, welche Ziele die Putin-Administration verfolgt, und wie die russische außen- und sicherheitspolitische Elite heute die Welt wahrnimmt. Es muss danach gefragt werden, von welchen Bildern das Denken der russischen Eliten geleitet ist, und wie diese ihre Interessen definieren. In der März-Ausgabe der Zeitschrift »Russia in Global Affairs« hat der russische Außenminister Sergej Lawrow nun seine Interpretation der Rolle Russlands in der internationalen Politik dargelegt.

Die Abkehr von Europa und die Wiederentdeckung Eurasiens

Lawrows Artikel erscheint zu einem Zeitpunkt, da die russische Außenpolitik ein neues Gesicht zeigt. Lange Zeit hatte die russische Führung kaum Ansätze entwickelt, um internationale Politik aktiv zu gestalten. Einfluss nahm sie allenfalls als »Spielverderber«, indem sie durch ihr Veto im Sicherheitsrat, Lösungen blockierte. Sie agierte defensiv und konzentrierte sich auf den eigenen Nachbarschaftsraum. Die russische Elite sah ihr Land durch »den Westen« bedroht – und schlimmer noch: sie fühlte sich von ihm ignoriert. Das Verhalten der NATO in der Kosovo-Krise 1999, die Erweiterung

der Allianz (seit 1999) und der EU (seit 2004) steigerten die Besorgnis. Dass Präsident Medwedews Angebot zur europäischen Sicherheitszusammenarbeit im Jahre 2008 bei den europäischen Regierungen und den USA kein Interesse weckte, war eine Enttäuschung für jene Teile der Elite, die auf Zusammenarbeit mit der EU und den USA setzten. Dass in der NATO nach dem russisch-georgischen Krieg ein möglicher Beitritt Georgiens und der Ukraine diskutiert wurde, und dass zwischen der Ukraine und der EU über eine engere Zusammenarbeit gesprochen wurde, verstärkte russische Ängste. Die Integrationsangebote der EU an die Staaten des postsowjetischen Raumes, die auch auf Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaft setzten, wurden in der russischen Führung als Teil eines geopolitischen Projekts wahrgenommen, das sich direkt gegen das eigene Regime richtete. »Der Westen« erschien als Feind.

Im Gegenzug zu dem Vordringen »des Westens« nach Osten entwickelte die russische Führung ein eigenes Integrationsprojekt – die Eurasische Union. Ihr Kern war eine Wirtschaftsunion, der zunächst Russland, Belarus und Kasachstan angehören sollten. Wladimir Putin hat dieses Vorhaben Anfang Oktober 2011 in einem Iswestija-Artikel vorgestellt (<http://izvestia.ru/news/502761>). Er sei überzeugt, schrieb Putin, dass die effektive Integration Eurasiens ein Weg sei, der es den Beteiligten erlaube, einen würdigen Platz in der schwierigen Welt des 21. Jahrhunderts einzunehmen. Nur gemeinsam werde man in der Lage sein, sich den Führern des globalen Wachstums und des Fortschritts der Zivilisation anzuschließen. Praktisch war dieser Plan zugleich eine Absage an die Zusammenarbeit mit der EU, von der man enttäuscht war. Die Integration des

postsowjetischen Raumes legte aber zugleich – auch wenn dies Putin in seinem Artikel nicht explizit machte – das Fundament für die Absicherung einer russischen Einflussphäre, die man in der russischen Führung als Voraussetzung für die Wiedergewinnung der eigenen Großmachtrolle ansah.

Großmachtstreben und Feindbildpropaganda erfüllten auch eine innenpolitische Funktion. Seit der Finanzkrise 2008/2009 erodierte in der russischen Gesellschaft der Rückhalt für das Regime. Die Moskauer Demonstrationen des Winters 2011/2012 zeigten, dass es zumindest in den Metropolen ein gewisses Protestpotential gab. In der Interpretation der Führungselite war das ein Signal, dass »der Westen« Russland nicht nur außenpolitisch bedrängte, sondern dass er durch aggressive Demokratieförderung und Unterstützung einer »farbigen Revolution« einen *regime change*, einen Sturz des Regimes, anstrebte. Durch patriotische Propaganda, die Darstellung »des Westens« als Feind und das Hervorheben der eigenen Größe wollte die Putin-Administration die Bevölkerungsmehrheit gegen diese Gefahr in Stellung bringen.

Die Krise russischer Außenpolitik 2013–2014

Der Kiewer »Euromajdan« im November und Dezember 2013 bediente die beiden großen Ängste der russischen Elite: einerseits manifestierte sich in ihm eine Haltung der ukrainischen Gesellschaft gegen die Integration in den russischen Einflussraum – und gefährdete somit das Großmacht-Projekt –, andererseits war er ein gefährlicher Präzedenzfall, weil er zeigte, dass eine Gesellschaft sich erfolgreich gegen ein korruptes Regime zur Wehr setzen kann.

Für die Putin-Administration war diese Entwicklung zunächst ein Rückschlag. Der Versuch, die Ukraine zu einem Teil der eigenen Einflusszone zu machen, war gescheitert, zugleich verlor sie mit Janukowytsch ihren vertrauten Ansprechpartner in Kiew. Allerdings bot die Auflösung der staatlichen Ordnung in der Ukraine der russischen Seite auch neue Eingriffsmöglichkeiten. Nach dem Scheitern der Mission der drei europäischen Außenminister und dem Sturz Janukowytschs entschied sich die Putinsche Führung, in die Offensive zu gehen. Russland annektierte die Krim und förderte in der Ostukraine eine Aufstandsbewegung gegen die Kiewer Zentralregierung.

Dieser Schritt zeigte, dass die Putinsche Führung 2014 bereit war, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt einzusetzen, und dass sie auf die Regeln der europäischen Sicherheitsordnung weiter keine Rücksicht nehmen wollte. Das hatte unmittelbar negative Folgen: die Nachbarn – auch die des eurasischen Inte-

grationsraumes – fühlten sich durch Russland bedroht. Das Verhältnis zur Ukraine wurde nachhaltig gestört. Die internationale Gemeinschaft verurteilte die Annexion. Die US-Administration, die sich in den vergangenen Jahren vor allem China und dem pazifischen Raum zugewandt hatte, richtete ihren Blick wieder auf Europa. Mit der Beschädigung des europäischen Sicherheitssystems gewann die NATO neue Bedeutung. All dies lief im Grunde den Interessen russischer Außenpolitik zuwider.

Russlands Misere wurde durch die wirtschaftliche Entwicklung verstärkt. Die USA und die EU lehnten zwar den Einsatz von Militär ab, doch sie belegten Russland mit Wirtschaftssanktionen. In der ersten Stufe hatten diese nur symbolischen Charakter, in den folgenden Stufen wirkten sie sich aber fühlbar auf die russische Finanzwirtschaft aus. Der weltweite Einbruch der Ölpreise, der im Mai 2014 einsetzte, führte dann zu ernsthaften Beschädigungen der russischen Wirtschaft. Der Staatshaushalt geriet unter Druck, die Reallöhne sanken, die Preise zogen an.

International isoliert und wirtschaftlich angeschlagen, befand sich Russland Ende 2014 in einer schwierigen Situation.

Russlands Rückkehr in die internationale Politik

Im Laufe der Jahre 2015/2016 gelang es der russischen Diplomatie, Boden gutzumachen. In Verhandlungen mit Frankreich, Deutschland und der Ukraine leitete sie einen Prozess ein, der den russisch-ukrainischen Konflikt kanalisierte, ohne dass die russische Seite substantielle Positionen aufgeben musste. An den Verhandlungen über das Atomabkommen mit dem Iran und der Aufhebungen der Sanktionen, die im Juli 2015 in Wien zu einer Einigung führten, war Russland als Teil der 5+1-Gruppe (USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich plus Deutschland) maßgeblich beteiligt. Im syrischen Bürgerkrieg hat Russlands militärisches Engagement, das von einer intensiven Gesprächsdiplomatie in der Region begleitet wurde, dazu beigetragen, die Kräfteverhältnisse zu verändern. Das Assad-Regime wurde deutlich gestärkt. Zugleich ist noch klarer geworden, dass ohne Beteiligung der russischen Regierung keine politische Lösung in Syrien möglich ist. Russland ist in die Weltpolitik zurückgekehrt.

Die Welt des Sergej Lawrow

Es ist schwer zu entscheiden, welchen Anteil Außenminister Lawrow an der außenpolitischen Wende des Sommers und Herbstes 2015 hatte, als professionelle Risikoabschätzung die Politik patriotischer Emphase ablöste. Die russische Öffentlichkeit ist geneigt, ihm hier eine große Rolle zuzuschreiben. Bei den vom Lewada-Zen-

trum ermittelten Zustimmungswerten rangiert Lawrow inzwischen an dritter Stelle hinter Präsident Putin und Verteidigungsminister Schojgu. Das mag nur ein Reflex seiner verstärkten Medienpräsenz sein, doch in jedem Fall gilt Lawrow als der Vertreter und autoritative Interpret des neuen Kurses in der internationalen Politik Russlands.

Das Weltbild, das hinter dieser Politik steht, hat er im März 2016 in der Zeitschrift »Russia in Global Affairs« dargelegt. Der Außenminister, an sich ein nüchterner Berufsdiplomat, hat sich dafür einen Text schreiben lassen, der patriotische Geschichtslegenden einsetzt, um die aktuelle russische Außenpolitik zu begründen. Die Argumentation verrät einiges über die Befindlichkeit der russischen außenpolitischen Akteure, ihre Sicht auf die Welt und ihre Vorstellungen von der Rolle des eigenen Landes.

Es ist bezeichnend, dass Lawrow (bzw. sein Ghostwriter) zwei Gedanken an den Anfang des Textes stellt: Erstens kann und darf Europa nicht ohne bzw. gegen Russland vereinigt werden, und zweitens darf Russland nicht als ewig zurückbleibendes und ewig nachholendes Land gesehen werden, das immer fremden Vorgaben folgt. Hier scheinen Ängste und tiefe Kränkungen durch: die Furcht, dass die Staaten der Europäischen Union Russland aus Europa verdrängen könnten, und die Sorge, dass die führenden Wirtschafts- und Technologiemächte Russland nicht ernst nehmen und ihm ihre Verhaltensweisen und Werte aufzwingen könnten. Politik wird offenbar aus einem Gefühl der Unterlegenheit heraus formuliert, das aggressive Auftreten der letzten Jahre könnte man dann als Überkompensation verstehen.

Die Kontinuität der russischen Geschichte

Um die westliche Unterschätzung der Bedeutung Russlands zu widerlegen, greift der Artikel auf die Geschichtserzählung vom »Großen Russland« zurück. Der russische Beitrag im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), im Ersten Weltkrieg (1914–1918), bei der Abwehr Napoleons 1812 und bei der Vertreibung der polnischen Invasoren 1612 zeugen, so der Text, »von der besonderen Rolle Russlands in der europäischen und der Weltgeschichte«. Die dynastische Verbindung Jaroslaws des Weisen mit den europäischen Fürstenhöfen dient als Beleg, dass die Kiewer »Rus« vollgültiges Mitglied der damaligen europäischen Gemeinschaft gewesen sei. Ja, mehr noch: »Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen zeugen von dem hohen – oft höherem als in westeuropäischen Staaten – kulturellen und geistigen Entwicklungsniveau der damaligen Rus«. Allerdings habe, so der Artikel, das russische Volk »eine eigene kulturelle Matrix« gehabt, eine Spiritualität, die sich niemals mit

»dem Westen« vereinigt habe. In einem Atemzug zitiert der Text Alexander Puschkin, der Russland als Retter des Christentums vor dem Mongolensturm rühmt, und den Dichter Nikolaj Gumiljow, der die Mongolenherrschaft und die »Große Steppe« als prägende Erfahrungen des russischen Ethnos preist.

Gleichgültig, wie man die Indienstnahme von Geschichtserzählungen aus dem Mittelalter als Beleg für eine heutige Großmachtrolle Russlands bewertet, so fällt doch ins Auge, dass der Artikel zwei einander widersprechende Ziele verfolgt: er betont Russlands Zugehörigkeit zu Europa und besteht zugleich auf einer russischen Sonderentwicklung, die sich von Europa absetzt.

Dieses Muster findet sich auch im weiteren Verlauf der Darstellung. So wird betont, dass Moskau sich rasch entwickeln und sich modernste Technologien aneignen, zugleich jedoch einen eigenen »kulturellen Code« bewahren müsse. Das Muster, so Lawrow, kenne man aus vielen Beispielen der Modernisierung östlicher Gesellschaften, die trotz raschen Fortschritts nicht mit ihrer Tradition gebrochen hätten. Und es stimme für das eigene Land: »das gilt um so mehr für Russland, das in seinem tiefsten Wesen einen der Stränge der europäischen Zivilisation darstellt.«. Das Argumentationsmodell kehrt immer wieder: Russland ist europäisch – aber besonders. Den »Europäern« unterstellt man, dass sie sie Russland fürchten und deshalb versuchen, Russland aus Europa herauszudrängen.

Während die Verbindung der Rus und des Moskauer Großfürstentums mit Europa doch etwas überbewertet wird, steht das Lawrowsche Narrativ auf etwas festerem Boden, wo es sich Zar Peter I. und der Napoleonischen Zeit zuwendet. In der Tat zählt Russland seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert zu den europäischen Großmächten. Unter Berufung auf die französische Historikerin Hélène Carrère d'Encausse bezeichnet Lawrow Russland als das »größte Reich aller Zeiten«, nicht nur dem Ausmaß und der Dauer nach, sondern auch in der Fähigkeit, den Raum zu regieren. Mehr noch, Carrère d'Encausse betone, dem russische Philosophen Berdjajew folgend, Russland sei durch seine Geschichte die große Aufgabe zugeschrieben, das Verbindungsglied zwischen dem Osten und dem Westen zu sein. Doch die Europäer (insbesondere Napoleon III. im Krimkrieg) hätten dies – so Lawrow – nicht aufgenommen, sondern versucht, Russland aus Europa herauszudrängen, damit das europäische System des Wiener Kongresses zerstört, und somit den Weg in den Ersten Weltkrieg geebnet.

Der Artikel, der chronologisch angelegt ist, kann die russische Revolution und ihre Folgen nicht ausklammern – auch wenn dies nicht so recht in seine Argumentationslinie über die europäische Rolle Russlands

passt. Doch er will die Vorwürfe gegen den Stalinismus und seine Verbrechen abwehren und die ungebrochene Kontinuität russischer Geschichte verteidigen. Die russische Revolution sei ein tragisches Ereignis gewesen, schreibt Lawrow, doch man könne das sowjetische Regime natürlich nicht mit dem Nationalsozialismus vergleichen und ihm auf keinen Fall einen Teil der Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zuschreiben. Der Artikel weist die These vom »Zusammenstoß zweier Totalitarismen« (die Stalinismus und Nationalsozialismus gleichsetzt) als unmoralisch zurück und verweist auf Churchill, der gesagt haben soll: »Das Konzept der Sittlichkeit – Leben nach dem Gewissen – das ist russisch«. Lawrows Text umgeht mit diesem Zitat (das englisch nicht nachweisbar, im russischen Internet aber weit verbreitet ist) die Frage nach einer Bewertung der stalinistischen Repressionen und ihren Konsequenzen für Russland. Wie er denn überhaupt von einer ungebrochenen Kontinuität der russischen Geschichte ausgeht – von der Bedeutung einer »Synthese des gesamten Bestandes der von unserem Volke erarbeiteten positiven Traditionen und historischen Erfahrung als Grundlage für ein energisches Fortschreiten und die Bekräftigung der Rolle, die unserem Land zurecht gehört, der Rolle eines der führenden Zentren der modernen Welt, das Werte der Entwicklung, Sicherheit und Stabilität bietet«.

Doch habe die Existenz der Sowjetunion – und damit kommt der Außenminister wieder auf die europäische Rolle Russlands zurück – auch positive Auswirkungen gehabt: Sie habe die europäischen Länder angetrieben, funktionierende Sozialsysteme zu entwickeln. Nach dem Ende der UdSSR beobachte man nun ein Schwinden der Mittelklasse, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und den Abbau der Kontrolle über große Unternehmen. So habe auch das »tragische Ereignis«, die Revolution und das Sowjetregime positive Folgen für Europa, während die russische Tradition und die kulturell-zivilisatorischen Besonderheiten davon anscheinend unberührt bleiben.

Grundrichtungen russischer Außenpolitik

Einer kritischen geschichtswissenschaftlichen Betrachtung hält dieses Konglomerat von Ideologemen nicht stand, dennoch konstituiert es ein Narrativ, mit dem die Grundrichtung russischer Außenpolitik legitimiert wird. Vier Grundaussagen kann man herausarbeiten: 1) Russland ist eine Großmacht, 2) Russland ist ein Teil Europas, 3) Russland hat eine besondere Kultur, die nicht »westlichen Werten« folgt, 4) »der Westen« versucht, Russland aus Europa herauszudrängen. Aus dem Rückblick auf die Geschichte gewinnt der Text die Bestätigung, dass Russland auch heute eine Großmacht-

rolle spielen müsse. Doch – und damit kehrt Lawrow zu der geläufigen außenpolitischen Argumentation zurück – die Welt habe sich verändert und sei viel komplizierter geworden als in der Zeit der Ost-West-Konfrontation. Die globale Entwicklung habe zur Entstehung neuer großer Machtzentren insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum geführt. In dieser Welt sei »der Westen« nur ein Zentrum unter vielen und sein »Wertesystem« nicht mehr der alleinige Maßstab: »Der Westen« verliere an Einfluss. Es gebe eine Vielfalt von Entwicklungsmodellen und das westliche Wertesystem sei keineswegs das einzig richtige.

Damit ist der Beitrag bei einem Thema angelangt, das den russischen Außenminister offenbar beschäftigt – die Frage international gültiger Normen, wie sie z. B. in der UN-Charta festgeschrieben sind. Diese sollen für Russland (und andere große Staaten) nicht mehr gelten:

»Auch unser Land, das in seiner Geschichte eine Phase durchlaufen hat, in der es im Ausland künstliche Transformation vorantrieb, geht nun fest von den Vorzügen evolutionärer Veränderungen aus, die in Form und Tempo den Traditionen und dem Entwicklungsniveau der jeweiligen Gesellschaft entsprechen.« Die Politik einer Demokratieförderung wird also abgelehnt, ebenso die Idee globaler Werte. Russland soll kulturell-zivilisatorisch einen eigenen Weg gehen, doch als Großmacht mit anderen führenden Staaten zur Lösung gemeinsamer Aufgaben zusammenarbeiten. Die gemeinsame Hauptaufgabe sieht Lawrow in der Bekämpfung des Terrorismus.

Die Zukunft einer Partnerschaft mit Russland

Für Russlands Rolle in der internationalen Politik stellt der russische Außenminister in seinem Artikel eine Reihe von Zielen auf:

- Er beansprucht für Russland die Anerkennung als Großmacht und fordert die Anerkennung als einer der führenden Staaten der Welt ein.
- Er macht deutlich, dass Russland Europa mitgestalten will und einen maßgeblichen Platz innerhalb von Europa beansprucht.
- Zugleich lehnt er die Allgemeingültigkeit des Wertekanons ab, den die Europäische Union formuliert, und den die UN-Charta, die Helsinki-Akte und die Charta des Europa-Rates einfordern. Stattdessen bekennt sich Lawrow zu russischer Tradition und einem kulturell-zivilisatorischen Sonderweg.
- Er fordert eine Kooperation mit der EU und den USA auf Augenhöhe und den Verzicht darauf, die inneren Verhältnisse Russlands zu kritisieren. Eine Politik wie seinerzeit die »Modernisierungspart-

nerschaft« Russlands und der EU ist nicht mehr akzeptabel.

Die Beschwörung einstiger Größe soll die inneren Schwierigkeiten kompensieren: die wirtschaftliche Schwäche, die sozialen Verwerfungen und den technologischen Rückstand. Die Politik stellt sich nicht den realen Problemen.

Das ist keine gute Nachricht – weder für die russische Gesellschaft noch für die Partner in der internationalen Politik. Gewiss richtet sich der Text zunächst nach innen: der Rückblick in die große Vergangenheit und die Kritik an westlichen Einmischungsversuchen dient der Mobilisierung der Bevölkerung für das Regime. Aber er richtet sich auch an »den Westen«. Er stellt Bedingungen für die künftige Zusammenarbeit auf und formuliert einen eigenen Diskurs, der dem westlichen Wertediskurs entgegengestellt wird. Basierten die Beziehungen der Bundesrepublik und der EU zur Russischen Föderation bisher auf einer Grundlage, die seit Helsinki gemeinsam entwickelt worden war, hat man es jetzt mit einer Weltsicht zu tun, die sich bewusst von der gemeinsamen Vergangenheit absetzt und Vorstellungen benutzt, die in Berlin und Brüssel als antiquiert und irrational empfunden werden.

Man muss davon ausgehen, dass dies nicht bloß vorgeschobene Vorstellungen sind, sondern dass diese Ideen

die Perzeption der russischen Elite und ihr politische Handeln prägen. Die deutsche und europäische Bereitschaft, mit der russischen Seite ins Gespräch zu kommen, ist groß. Doch der gegenwärtige russische Selbstvergewisserungsdiskurs macht es sehr schwierig, einen konstruktiven Dialog in Gang zu bringen, geschweige denn, eine Kompromisslinie zu finden.

Im öffentlichen Diskurs kann man sich mit diesem Weltbild kritisch auseinandersetzen. Es ist nicht schwierig, das russische Narrativ zu dekonstruieren – die Geschichtsverfälschung ist allzu krude. Doch im diplomatischen Geschäft hilft ein solcher Ansatz nicht weiter. Dort muss man den Gesprächspartner und seine Ängste ernst nehmen, sich mit ihm auseinandersetzen und Vertrauen aufbauen. Das wird nicht einfach sein. Seinerzeit hat man zwölf Jahre hart verhandelt, um in 1975 Helsinki einen Prozess einzuleiten, der die Sicherheitslage in Europa für mehr als drei Jahrzehnte stabilisiert hat. Jetzt gilt es unter neuen Vorzeichen, ebenso beharrlich nach einer Lösung zu suchen, die die Situation in Europa stabilisiert, Russland einbezieht und die Werte wahrt, die im Helsinki-Dokument und in der Pariser Charta gemeinsam formuliert wurden.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

- Lavrov, Sergey: Russia's Foreign Policy in a Historical Perspective, in: Russia in Global Affairs, 2016, Nr. 2, 30. März 2016; <<http://eng.globalaffairs.ru/number/Russias-Foreign-Policy-in-a-Historical-Perspective-18067>>; Vorabdruck am 3. März 2016: Sergey Lavrov's article "Russia's Foreign Policy: Historical Background" for "Russia in Global Affairs" magazine; <http://www.mid.ru/press_service/minister_speeches/-/asset_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/2124391?p_p_id=101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR&_101_INSTANCE_7OvQR5KJWVmR_languageId=en_GB> [Den Hinweis auf Lawrows Text verdankt der Autor Karsten Voigt].
- Frear, Thomas, Lukasz Kulesa (Hrsg.): Competing Western and Russian narratives on the European order: Is there common ground? European Leadership Network. Conference Report, April 2016; <<http://www.europeanleadershipnetwork.org/medialibrary/2016/04/19/e2bb7cc7/ELN%20Competing%20Narratives%20Report.pdf>>.
- Giles, Keir: Russia's 'New' Tools for Confronting the West: Continuity and Innovation in Moscow's Exercise of Power. Chatham House Research Paper. Russia and Eurasia Programme, March 2016, 73 S. <<https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/publications/research/2016-03-21-russias-new-tools-giles.pdf>>, 21. März 2016.
- Ingmar Oldberg: Is Russia a status quo power? Swedish Institute of International Affairs .UI Paper Number 1/2016, 24 S. <http://www.ui.se/eng/Files.aspx?f_id=126932>, 15. März 2016.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Hybrider Krieg!?

Jens Siegert, Moskau

»Alle sagen: der Kreml, der Kreml. Alle haben mir von ihm erzählt, aber selbst habe ich ihn kein einziges Mal gesehen.« So beginnt Wenedikt Jerofejew sein berühmtes *Poem* »Die Reise nach Petuschki«. Wie dem verkaternten Moskauer Helden in Jerofejews Trinkerdrama mit dem Kreml, so geht es mir mit einer angeblichen Kreml-Erfindung, dem hybriden Krieg gegen den Westen: Alle reden ständig davon, aber ich kann ihn partout nicht entdecken. Angefangen hat alles wohl im Februar 2013. Damals veröffentlichte der russische Generalstabschef Walerij Gerassimow einen Artikel über »nicht-lineare Kriegsführung«. Außer in Militärkreisen und ein paar Zeitungsartikeln von Militärexperten nahm davon im Westen aber seinerzeit kaum jemand Notiz.

In einer größeren Öffentlichkeit wurden Gerassimows Überlegungen erst viel später wahrgenommen, so ab Herbst 2014, also lange nach der Annexion der Krim durch Russland und auch nach dem Beginn eines echten Kriegs in der Ostukraine. Seither müssen sie immer wieder als Beweis dafür herhalten, dass der Kreml alles von langer Hand geplant hat, und dass die Konfrontation mit dem Westen einer wohl überlegten Strategie folgt. Seither wird in zunehmendem Maße alles, was die russische Führung sich an Unfreundlichkeiten oder gar Feindseligkeiten gegenüber dem Westen/ der EU/ der NATO ausdenkt, unter die Kategorie »hybrider Krieg« subsummiert. Und spätestens seit Anfang dieses Jahres, seit dem sogenannten »Fall Lisa«, dem von russischen staatlichen Medien zu einer Vergewaltigung durch Flüchtlinge aufgebauchten 48-stündigen Verschwinden einer russlanddeutschen Berliner Schülerin, die Ärger wegen schlechter Schulnoten fürchtete, ist es auch in Deutschland eine Art mediales Allgemeinut: Russland führt einen »hybriden Krieg« gegen den Westen, und dabei ist Deutschland ein besonderes Ziel.

Doch was ist das eigentlich, ein »hybrider Krieg«? Gibt es irgendeine möglichst weit geteilte Definition dieses Begriffs? Und wenn ja, passt sie auf das russische Vorgehen? Fangen wir mit dem Begriff an.

Der US-Militärexperte Frank Hoffman definiert »hybriden Krieg«, den er im Übrigen schon 2014 als »nicht-so-neue Kriegsführung« bezeichnet, als »einen zugeschnittenen Mix aus konventionellen Waffen, irregulären Taktiken, Terrorismus und kriminellen Handlungen zur gleichen Zeit und auf dem gleichen Schlachtfeld, um politische Ziele zu erreichen.« (<http://warontherocks.com/2014/07/on-not-so-new-warfare-political-warfare-vs-hybrid-threats/>). Das ist

eine ziemlich konkrete Definition, denn sie benennt sowohl die Mittel (konventionelle Waffen, irreguläre Taktiken, Terrorismus und kriminelle Handlungen), als auch den Ort des Krieges (zur gleichen Zeit und auf dem gleichen Schlachtfeld). Trifft das nun irgendwo auf das Verhalten Russlands in den vergangenen zwei, drei Jahren zu? Eher nicht.

Wenn man sich genauer anschaut, was alles als Teil des angeblichen »hybriden Krieges« russischer Provenienz bezeichnet wird, dann ist das Ergebnis ziemlich grenzenlos. Oder um es mit einem weiteren US-Experten, Michael Kofman, zu sagen: »Die kurze Antwort [auf die Frage, was hybrider Krieg sei, JS] in der Russland-Beobachter-Community ist: alles.« (<http://warontherocks.com/2016/03/russian-hybrid-warfare-and-other-dark-arts/>). Tatsächlich wird alles (und da gibt es viel), was der Kreml macht oder gemacht hat, inzwischen irgendwo als Bestandteil eines »hybriden Krieges« geführt: die Annexion der Krim ebenso wie der Krieg in der Ostukraine; unterschiedliche Destabilisierungsversuche der Ukraine; die Zusammenarbeit oder Unterstützung rechnationalistischer oder rechtspopulistischer Parteien in der EU durch Russland; Spionage und Wirtschaftsspionage; die Aktivitäten staatlicher oder vom russischen Staat kontrollierter Medien in der EU (und in Russland); die Zusammenarbeit ehemaliger Politiker aus der EU und insbesondere Deutschland in und mit vom Kreml kontrollierten Unternehmen; Versuche, an der EU vorbei Deals mit einzelnen EU-Staaten (wie z. B. Ungarn) auszuhandeln; Internet-Trolle und ihre Fabriken, und, seit neuestem der angebliche (oder tatsächliche) Aufbau geheimer Kampfgruppen im schummerigen Milieu deutscher Hinterhofmuckibuden. Mit Sicherheit ist diese kleine Auflistung unvollständig.

Diese Beliebigkeit, oder besser: dieses Allumfassende verwischt aber, wie mir scheint, weit mehr als es Klarheit bringt. Es verwischt vor allem die Grenzen zwischen Politik (und in ihr Diplomatie) und Krieg, ja zwischen Frieden und Krieg. Denn wenn diese Interpretation russischen (Regierungs-)Handelns so stimmte, dann befänden wir uns mit Russland im Kriegszustand, wenn auch in einem (bisher) unerklärten. Eine mögliche Erklärung der rasanten Karriere des Begriffs »hybrider-Krieg« in der westlichen Öffentlichkeit liegt sicherlich im Schock der Krim-Annexion und des durch Russland begonnenen Kriegs in der Ostukraine. Sinnvoller oder gar nützlicher wird diese Einengung dadurch aber nicht.

Um zu verstehen, was verkehrt läuft, müssen wir aber noch einmal zu Gerassimow zurück. Wenn man

den eingangs zitierten Artikel des russischen Generalstabschefs genau liest, auf den sich viele Verfechter der These vom hybriden Krieg heute beziehen, verwundert die weit verbreitete Schlussfolgerung, der Westen sei dem Kreml in die Falle gegangen, die Annahme also, alles, von der Krim-Annexion über den Krieg in der Ostukraine bis hin zu Spaltungs- und Destabilisierungsversuchen in der EU und einzelnen EU-Ländern folge einer akkurat ausgearbeiteten und lang geplanten Strategie. Genau das steht in Gerassimows Artikel eben gerade nicht. Mir scheint es eher, wie auch Michael Kofman schreibt, genau umgekehrt zu sein. Gerassimow beschreibt in seinem Artikel keine bereits bestehende und kohärente Strategie. Er klagt vielmehr darüber, dass der Westen einen nicht erklärten Krieg mit irregulären Mitteln gegen Russland führe und dass sein Land hier dringend aufholen müsse.

Gerassimow führt als Beweise für den »hybriden Krieg« des Westens gegen Russland all die Länder an, in denen in den vergangenen 20 Jahren Diktatoren oder zunehmend autoritäre Herrscher auf die eine oder andere Weise gestürzt wurden (oder versucht wurde, sie zu stürzen): Milošević 1999 in Serbien; Saddam Hussein 2003 im Irak durch die militärische US-Intervention; dann Mitte des vorigen Jahrzehnts die in Russland sogenannten »farbigen Revolutionen« in Georgien, der Ukraine und Kirgistan; es folgen die Aufstände des sogenannten »arabischen Frühlings« in Tunesien, Ägypten und (aus russischer Sicht: vor allem) der Sturz Gaddafis in Libyen; auch der Bürgerkrieg in Syrien darf nicht fehlen.

Das sind im Übrigen keineswegs originäre Gedanken eines Militärschefs. Gerassimow ist hier in völliger Übereinstimmung mit seiner politischen Führung, die seit langem all dieses in erster Linie auf direkten und indirekten westlichen Einfluss (vor allem natürlich der USA) zurückführt und als das »eigentliche« Ziel die »Einhegung« von oder gar einen ähnlichen »Umsturz« in Russland interpretiert.

Nur das jüngste und nur eines von vielen Beispielen ist ein langer und detaillierter Artikel des Chefs des mächtigen Straßermittlungskomitees Alexander Bastrykin in der Zeitschrift »Kommersant Wlast« (<<http://www.kommersant.ru/doc/2961578>>). Bastrykin zufolge, der zum engen Vertrautenkreis um Putin gezählt wird, führen die USA seit langem einen veritablen Informationskrieg gegen Russland, mittels dessen sie seinerzeit schon die Sowjetunion zum Zusammenbruch gebracht haben. Alles, aber auch wirklich alles Schlechte und Böse (und heute natürlich vor allem die Wirtschaftskrise und der niedrige Ölpreis) rühren daher. Deshalb müssten in Russland schnellstens viele Gesetze verschärft und vor allem das Internet endlich, wie in China, ordentlich

kontrolliert werden. Der Bastrykin-Text hat aber auch eine, wie ich annehme, unfreiwillig komische Seite. Er beklagt all das als Folge eines »hybriden Kriegs« gegen Russland, was die gegenwärtige Elite politisch, und weil sie zu gierig ist, nicht auf die Reihe bekommen hat. Wobei das »Hybride« dieses »Kriegs« dann darin besteht, einfach alles zu umfassen, was in offenen und demokratischen Gesellschaften »Politik« genannt wird.

Diese Argumentation ist im Übrigen kaum mehr als eine Weiterentwicklung eines schon älteren, spätestens seit Mitte der 2000er Jahre eingesetzten Narrativs des Kreml: Zwar habe Russland den Kalten Krieg beendet, die Sowjetunion und der Warschauer Pakt hätten sich ja aufgelöst, aber der Westen habe immer weiter gemacht. Russland sei, aus westlicher Sicht, immer Gegner geblieben, nie wirklich Partner geworden. Sichtbarster Ausdruck dieser Gegnerschaft sei die nicht nur immer noch existierende, sondern inzwischen »bis an die Grenzen Russlands« nach Osten ausgeweitete NATO, ein Relikt des Kalten Krieges.

Doch nun weiter mit der westlichen Wahrnehmung. Gesetzt einmal den Fall, Russland führe (egal ob nun als »Antwort auf eine Bedrohung« aus dem Westen oder aufgrund ihm eigener imperialer Ambitionen) spätestens seit Frühjahr 2014 tatsächlich einen »hybriden Krieg« gegen den Westen. Wie sieht der aus? Worin besteht er? Ist das tatsächlich ein Krieg? Und wenn ja, was ist an ihm hybrid?

Fangen wir mit der Krim an. Die militärische Übernahme war sicher kein Krieg, auch kein hybrider. Eher handelte es sich dabei um eine klassische verdeckte Kommandoaktion. Die Hauptrolle hatten die ohnehin schon dort in Sewastopol stationierten russischen Marineinfanteristen. Das Ganze wurde mit der Installierung einer genehmen politischen Führung verbunden, die dann um Hilfe rief. Auch das ein altbekanntes Modell. Drum herum gab es ein wenig Desinformation, aber auch nicht viel mehr als sonst bei militärischen Aktionen üblich.

Das, was seit Sommer 2014 in der Ostukraine passiert, verdient die Bezeichnung Krieg schon eher. Allerdings fing es auch dort nicht gleich mit einem Krieg an. Zunächst, Ende Februar, Anfang März versuchte Russland (in Kooperation mit einigen ukrainischen Oligarchen) seinen politischen Einfluss in der Ostukraine auszuweiten. Die ukrainische Regierung sollte unter Druck gesetzt und dazu gebracht werden, weitgehenden Autonomierechten der dortigen Regionalverwaltungen zuzustimmen. Das klappte nicht so recht. Als die ukrainische Regierung Mitte April die selbsternannten Gouverneure und Bürgermeister von Donezk und Lugansk verhaften ließ, griffen irreguläre Militäreinheiten aus Russland unter Igor Girkin ein. Erst als diese Anfang August den ukrainischen Freiwilligenbataillonen und der regulären

Armee militärisch zu unterliegen drohten, schickte der Kreml schwere Waffen und Einheiten der russischen Armee und wendete das Blatt.

Auch hier ist also von einem »hybriden« Krieg, der gar noch einer ausgefeilten Strategie folgt, keine Spur. Es ist eher so, dass die Strategie der russischen Führung zu keinem Zeitpunkt nach der Krimannexion so richtig aufging. Nach dem fast mühelosen Erfolg auf der Krim erwartete der Kreml augenscheinlich, in der Ostukraine ähnlich leichtes Spiel zu haben. Weil dem aber keineswegs so war, weil es auch mit russischer Unterstützung und Hilfe einiger ukrainischer Oligarchen dort nicht gelang, einen Volksaufstand gegen die Kiewer Regierung zu initiieren, musste der Kreml den Konflikt in mehreren Schritten binnen weniger Monate zu einem echten Krieg eskalieren (wollte er nicht den – wegen der innenpolitisch motivierten und auf Machterhalt abzielenden Mobilisierungskampagne ganz undenkbar – Rückzug antreten). Der Kreml hat es zwar mit »hybriden« Methoden versucht, aber vergeblich. Am Ende mussten eigene Truppen und ein echter Krieg her.

Nun weiter nach Westen. Vielleicht führt Russland ja dort einen »hybriden Krieg« NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg glaubt das offenbar. Im März 2015 sagte er auf einem NATO-Seminar: "Russia used proxy soldiers, unmarked Special Forces, intimidation and propaganda, all to lay a thick fog of confusion; to obscure its true purpose in Ukraine and to attempt deniability. So NATO must be ready to deal with every aspect of this new reality from wherever it comes. And that means we must look closely at how we prepare for, deter and if necessary defend against hybrid warfare." (<http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_118435.htm>).

Ich stimme Stoltenberg in jedem einzelnen Teil dieser Aussage zu. Ich habe aber große Probleme mit der Gesamtsicht. Trotz aller verständlichen Besorgnisse vor allem in den baltischen Ländern und in Polen, aber auch in Norwegen und Finnland, gibt es keinen Krieg zwischen Russland und der NATO. Die Bezeichnung »hybrider Krieg« beinhaltet aber beide Elemente der Kriegsführung: traditionelle Kriegshandlungen mit Militärgerät und direkter Gewalt ebenso wie die schon hinreichend beschriebenen nicht-militärischen Methoden der Kriegsführung. Ein Hybrid ist eine Kreuzung, ein Bastard, ein Mischling.

Außerdem handelt man sich mit dem hybriden Kriegsbegriff ein durchaus hässliches Abgrenzungsproblem ein. Denn wenn all das, was Stoltenberg hier nennt (und wenn man meine Aufzählung weiter oben noch hinzunimmt) »hybride« (illegitime) Kriegsführung ist, wo ist dann die Grenze zur (legitimen) Politik? Wenn Stoltenberg Recht hat, dann hat auch Putin Recht und

wir sind immer noch (oder schon wieder) mitten in einem Kalten Krieg.

In seinem legendären, mit »The inauguration of organized political warfare« überschriebenen Memorandum von 1948 schrieb George Kennan: "In broadest definition, political warfare is the employment of all the means at a nation's command, short of war, to achieve its national objectives." Und weiter: "They range from such overt actions as political alliances, economic measures, and 'white' propaganda to such covert operations as support of 'friendly' foreign elements, 'black' psychological warfare and even encouragement of underground resistance in hostile states." (<<http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114320.pdf?v=941dc9ee5c6e51333ea9ebbbc9104e8c>>). Da ist alles drin. Der angeblich neue, »hybride« Krieg ist also nichts anderes als der alte, »kalte« Krieg (bei Kennan 1948 noch »politische Kriegsführung« genannt).

Obwohl, das stimmt nicht ganz. Ein neues Element gibt es schon. Das hat Richard Herzinger jüngst in einem Artikel beschrieben: »Die »klassische« Propaganda zielte darauf, Tatsachen durch Lügen, Wirklichkeit durch ideologische Fiktionen zu ersetzen. Heute entwickeln Propagandamaschinen »postmoderne« Techniken, um bei den Rezipienten die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge, von Realität und Imagination insgesamt auszulöschen.« (<<http://www.welt.de/kultur/article154365869/Wie-postmoderne-Propaganda-ihre-eigene-Wahrheit-macht.html>>). Wenn das aber als Krieg, meinetwegen auch »nur« als Teil einer »hybriden« Kriegsführung ausgegeben wird, dann gehen wir Putin auf den Leim. Dann akzeptieren wir das im Kreml (und leider heute in ganz Russland) vorherrschende bellizistische und zutiefst darwinistische Weltbild, das Staaten und Nationen in einem epischen Überlebenskampf sieht, dem sich alle individuellen Rechte und Freiheiten unterzuordnen haben. In diesem Denken ist alles und immer Krieg.

Zusammengefasst: Der Begriff »hybrider Krieg« bezeichnet nicht Neues. Dafür verwischt er die zivilisatorisch und politisch wichtige Grenze zwischen politischem und militärischem Handeln. Seine jüngste Karriere mag als Reaktion auf die Bedrohung, die das aktuelle aggressive russische Handeln für Frieden und Demokratie in Europa darstellt, verständlich sein. Aber der damit einhergehende Verlust an Unterscheidungsfähigkeit ist gefährlich. Es ist gerade die Unterscheidung von Recht, Politik und Krieg, die Europa zu einem der friedlichsten Plätze der Welt gemacht hat. Die russische Führung arbeitet daran, die Fähigkeit, diese Unterscheidung zu treffen zu schwächen, ja zu zerstören. Ja, 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist der Frieden in Europa gefährdeter als je nach den jugoslawischen

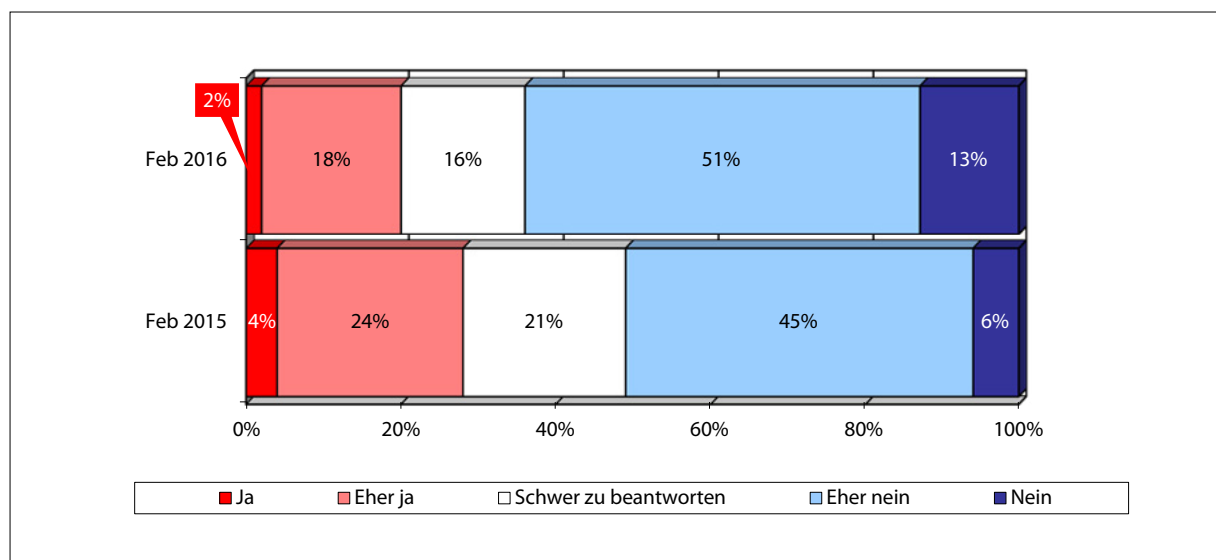
Nachfolgekriegen. Die innere Schwäche der EU, aber auch die zunehmenden Zweifel an ihrer demokratischen Verfassung, die in vielen Mitgliedsstaaten bestehen, lassen einfache Entscheidungen und alte, auf der Idee abgeschotteter Nationalstaaten aufbauende Konzepte einer immer größeren Zahl Menschen attraktiv erscheinen.

Die Antwort auf diese Krise kann aber nicht in einer Mobilisierung der Gesellschaften bestehen, die dem analog wäre, was in Russland gegenwärtig passiert. Offene Gesellschaften müssen mit (inneren) Widersprüchen

leben lernen. Dazu gehört die saubere Trennung zwischen (militärischer, geheimdienstlicher) Verteidigung nach außen und politischer Auseinandersetzung innerhalb eines rechtsstaatlichen Rahmen nach innen. Das Konzept des »hybriden Kriegs« verwischt diese lebenswichtige Trennlinie.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 14: Halten Sie es für möglich, dass die gegenwärtige Konfrontation in der Ostukraine sich zu einem militärischen Konflikt mit den westlichen Ländern entwickelt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Instituts vom 19.–24 Februar 2016, <<http://www.levada.ru/2016/03/16/vozmozhnye-voennye-konflikty-rossii-so-stranami-zapada/>>, 20. März 2016

Putins »Direkter Draht« mit dem Volk

»Ich bin mit meinem Leben zufrieden« – Wladimir Putin im Gespräch mit den Bürgern

Sergey Medvedev, Berlin

Am 14. April fand »Der direkte Draht« mit dem russischen Präsidenten statt, bei dem Wladimir Putin auf Fragen aus dem Volk antwortete. Die jährliche Fernsehsendung, in der einfache Bürger und auch prominente Kulturschaffende per Telefon, E-Mail, Video-Botschaft, SMS oder direkt aus dem Saal ihre Fragen an den Präsidenten richten können, ist seit 2001 ein fester Bestandteil der politischen Kommunikation des Kreml. Der 14. »Direkte Draht« hat 3 Stunden und 40 Minuten gedauert, in denen Putin auf 80 von mehr als 3 Millionen Fragen Antworten gab. Das Staatsoberhaupt äußerte sich zu einer Reihe »heißer« Themen aus der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik sowie zur Berichterstattung über die Panama Papers. Nach einer Frage über seine Familie, worüber der Präsident immer ungern spricht, fasste sich Putin sehr kurz: Er sei mit seinem Leben zufrieden; sowohl bei seiner ehemaligen Frau Ljudmila Putin als auch bei ihm laufe alles gut. Putin gab ernste, aber oft auch ironische Antworten und machte aus der Sendung, die stets hohe Einschaltquoten hat, eine Unterhaltungs-Show. Laut Medienexperten werden die meisten Fragen sorgfältig von der Präsidialadministration ausgewählt und zum Teil von PR-Agenten vorbereitet. Russischen Presseberichten zufolge seien einige Reden von Bürgern in einem Hotel bei Moskau vorbereitet und geprobt worden. Auch Präsident Putin habe sich auf die Veranstaltung vorbereitet. Er habe ein regelrechtes »Update« seiner Kenntnisse über die Lage im Land vorgenommen, sagte Putins Pressesprecher in einem Interview. In den sozialen Netzwerken wurde der »Direkte Draht« mit Putin intensiv kommentiert; zu Wort meldeten sich u. a. die Bloggerin Kristina Potupschik (die ehemalige Sprecherin der kremlnahen Jugendbewegung »Naschi«), der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj, der Soziologe Igor Tschubais (Bruder des Politikers Anatolij Tschubais), die Politologin Jekaterina Schulman und das Republikoberhaupt Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow.

Potupschik: Selbst ein derart mächtiger Präsident wie Putin kann nicht drei Millionen Fragen lösen

»Die Russen haben auch in diesem Jahr ein reges Interesse an der »Frühlingsausgabe« des Direkten Drahtes mit Wladimir Putin gezeigt. Natürlich konnten nicht alle zweieinhalb Millionen Fragen, die der Präsident erhalten hat, im Rahmen des zeitlich begrenzten Gesprächs »von Angesicht zu Angesicht« beantwortet werden. Aber der Kreis der Probleme, die den Bürgern im Wahljahr am meisten Sorgen bereiten, wurde sehr anschaulich dargestellt. [...]

Bei einem Resümee, darf man nicht davon ausgehen, dass selbst ein derart mächtiger Präsident wie Putin alle drei Millionen Fragen klären kann. Allerdings mögen die Menschen dieses Format [des »Direkten Drahtes«; d. Red.], genauso wie die Möglichkeit, mit einem Anruf die Probleme ihrer Familie oder ihrer Region zu lösen. Vielleicht ist es an der Zeit, dieses Format auf regionale und kommunale Führungen auszuweiten? Putin hat ja gesagt: »Wenn jemand ertrinken will, dann kann man ihn nicht retten. Wir sind aber bereit, jedem eine helfende Hand zu reichen, der das selbst möchte« [Dieses Zitat war in der Sendung die Antwort Putins auf die Frage eines Zuschauers, wen der Herr Präsident zuerst vor dem Ertrinken retten würde: Poroschenko oder Erdoğan?; d. Red.]. Und wir sollten nicht darüber nachdenken, wie wir mit Amerika fertig werden, sondern darüber, wie wir unsere eigenen internen Probleme lösen können.«
Kristina Potupschik am 14. April auf »Livejournal«; <<http://krispotupchik.livejournal.com/677351.html>>.

Nawalnyj: Na los, versuch mal über meinen Schwiegersohn zu fragen... über den Weltraumbahnhof hat ein Mutiger schon gefragt...

»Ich habe seit Langem keine so falsche Überschrift wie heute bei Forbes gesehen: »Kirill Schamalow ist zum jüngsten Milliardär Russlands geworden«.

Klar ist aber, dass es richtigerweise so klingen sollte: »Kirill Schamalow wurde zum Schwiegersohn Putins und dann zum jüngsten Milliardär Russlands«.

Und heute findet der »Direkte Draht mit Präsident Putin« statt, und ein wahnwitziger Gedanke lässt die Phantasie schwirren: Vielleicht kommt irgendjemand daher und fragt »Sagen Sie, wie kam es eigentlich, dass Ihr Schwiegersohn zum jüngsten Milliardär Russlands geworden ist?«

Zwei andere Überschriften des Tages bringen uns allerdings sanft aber sicher in die Realität zurück.

Zunächst: »Der Direkte Draht mit Putin wurde in einer Hotelanlage im Moskauer Gebiet geprobt«.

Und dann (als es noch eine bescheidene Hoffnung gab, dass jemand vom Drehbuch abweichen könnte): »In Ussurijsk wurde ein Bauarbeiter festgenommen, der Putin über den Bau des Weltraumbahnhofs »Wostotschnyj« gefragt hatte«.

Da wurde klar, dass niemand von dem Drehbuch abweichen und über den Schwiegersohn und Milliardär fragen würde. Lasst uns also etwas über den Wiederaufbau von Palmyra, über die Vorbereitungen der Feierlichkeiten zum 71. Jahrestag des Sieges und über die Machenschaften der Feinde hören, die eine monopolare Weltordnung schaffen und unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg schmälern wollen.«
Alexej Nawalnyj am 14. April auf seiner Website navalny.com; <<https://navalny.com/p/4825/>>.

Tschubais: Kurze Kommentare zu einem langen Direkten Draht

»Aus dem Netz: Tscheljabinsk, 14. April. Dmitrij Dudkin aus Tscheljabinsk, der sich während des Direkten Drahtes mit Präsident Wladimir Putin über Verzögerungen bei der Gehaltsauszahlung im Unternehmen »Uralawtoprizej« beschwert hatte, wurde in den Sicherheitsdienst der Fabrik zum Verhör einbestellt.

a) Die Kluft zwischen Regime und Gesellschaft wird immer tiefer. Beißend witzige und ironische Fragen, die den Sinn der bevorstehenden PR-Aktion bloßlegen, waren bereits vor dem Direkten Draht im Netz aufgetaucht; noch höher war der Grad der Ironie bei den Kommentaren zu diesen »Vor-Fragen«. Die Situation rund um den »Draht« erinnert einen an die Kluft zwischen den Bürgerprotesten auf dem Sacharow[-Prospekt] und dem Bolotnaja[-Platz] einerseits, und der bezahlten, mit Bussen zusammengekehrten »Bekundung des Volkswillens« auf dem Poklonnaja[-Berg]¹ andererseits. Der Auftritt Putins ist keine Top-Nachricht mehr, die auf großes Interesse stößt.

b) Die Atmosphäre im Studio des Direkten Drahts war vollkommen offiziell, nicht lebendig, angespannt, die Teilnehmer saßen »völlig zugeknöpft«, niemand scherzte; nur die Moderatoren unterbrachen den Präsidenten ab und zu etwas unschön und korrigierten ihn, weil sie »Moderationsvorgaben« folgen mussten, an die sich der Sprecher nicht gehalten hatte.

c) Die Fragen, die gestellt wurden, betreffen Probleme der mittleren und unteren Ebene, die nicht zum Verantwortungsbereich des Präsidenten gehören. Die wichtigsten, strategischen Themen »interessierten niemanden«; und wenn man sie antippte, erschien die Diskussion wie inszeniert. Niemand hat über Verfassungsverletzungen, rechtswidrige Repressionen und Zensur, über einen fehlenden Rechtsstaat, über ein Hundert abgerissener Läden und über Verletzungen des Eigentumsrechts, über Kriege und die gefährliche Provokation durch die russische Luftwaffe über der Ostsee gefragt, und darüber, auf welche Ziele sich unser Land zubewegt und was die nationalen Interessen unseres Landes sind [...]

Igor Tschubais am 15. April bei »Echo Moskau«; <http://echo.msk.ru/blog/i_chub/1748396-echo/>.

Schulman: Der alljährliche Direkte Draht Putins ist ein Ritual mit eigenen Regeln

»Bevor man erörtert, was an Wichtigem während des Direkten Drahtes gesagt wurde, sollte man sich über die Regeln dieses Genre im Klaren sein. Eine lange Unterhaltung des Präsidenten live mit den Wählern wird oft als eine lateinamerikanische Tradition bezeichnet: in Venezuela verbrachte der verstorbene Hugo Chaves viele Stunden auf Sendung mit seiner wöchentlichen Sendung »Hallo Präsident!«, bei der er diverse Probleme der Bürger klärte, Lieder sang, das Publikum unterhielt und sogar Minister entließ. In einem ähnlichen medialen Stil trat auch Fidel Castro auf.

Was ist für dieses Genre charakteristisch? Zum einen, dass solche Auftritte ein Ritual darstellen. Die Bedeutung von Ritualen im politischen Raum sollte nicht unterschätzt werden; dieses Wort wird hier nicht in einem abwertenden Sinne benutzt. Die »Direkten Drähte« kann man mit den jährlichen Neujahrsansprachen vergleichen. Niemand erwartet, dass der Präsident fünf Minuten vor Mitternacht eine sensationelle, schockierende Erklärung abgibt, die das Leben der Bürger verändern wird. Es ist klar, dass alle die durchaus traditionellen Worte erwarten. Durch dieses Traditionelle fügen sie sich organisch in das Silvester-Ritual ein.

Und genauso unterhält sich der Präsident jedes Jahr mit seinen Bürgern und antwortet auf deren Fragen. Er vermittelt eine einzige Botschaft – die Botschaft von der Stabilität des Geschehens. Darin besteht die heilende Kraft des Rituals.

Aus welchen Komponenten besteht diese Botschaft? Nicht zuletzt demonstriert der Präsident seine gute physische Form. Wir wissen, dass jedes Jahr gemessen wird, wie viele Stunden er auf Sendung war. [...]

Außerdem zeigt der Präsident, dass er die Lage im Griff hat, dass er schnell auf Fragen zu sämtlichen Lebensbereichen des Landes reagieren kann, dass er über die Zahlen und Statistiken verfügt (obwohl allen bewusst ist, dass die Antworten auf die Fragen im Voraus ausgearbeitet wurden, ist es für die Fernsehzuschauer angenehm zu sehen, was für einen kompetenten und versierten Staatsoberhaupt sie haben).

Das wohl Wichtigste, was der Fernsehzuschauer während der Live-Unterhaltung zu sehen bekommt, ist die Ausgewogenheit und Stabilität stiftende Rolle des Staatsoberhauptes. Es muss unbedingt jemand gerügt werden, und andere

¹ Gemeint sind hier die regierungskritischen Demonstrationen 2011–2012 und die organisierte Loyalitätsmanifestation als Antwort darauf; d. Red.

wiederum gelobt; ein Mädchen muss einen Tannenbaum oder ein kleines Hündchen geschenkt bekommen. Immer muss es auch humorvolle Fragen und scherzhafte Antworten darauf geben. Das alles soll das Publikum beruhigen und zeigen, dass der Präsident guter Laune ist, dass also auch wir keinen Grund haben, ganz in Panik oder Depression zu verfallen. Dabei werden auch ernsthafte Fragen behandelt, aber nur in gewollt oberflächlicher und beruhigender Weise.

Hier unterscheiden sich die Direkten Drähte von sonstigen jährlichen öffentlichen Auftritten des Präsidenten vor dem Publikum – den Ansprachen an die Föderale Versammlung und den »großen Pressekonferenzen« und den Interviews für die größten Fernsehsender. In den Ansprachen an die Föderale Versammlung werden die Aufgaben für das kommende Jahr gestellt – das sind programmatische Auftritte, die sich in erster Linie an die Eliten und erst in zweiter Linie an die Bürger wenden. Die alljährlichen Interviews sind ein Zwischengenre: Einerseits stellen sie ebenfalls eine Art Bilanz und die Präsentation eines Zukunftsbilds dar, andererseits sind sie mediale Auftritte, die genauso ein Bild der Stabilität und Kontinuität vermitteln sollen. Unter diesen drei Genres ist der Direkte Draht das beliebteste, und gewissermaßen sowohl demagogisch als auch demokratisch.

Daher wäre es naiv zu erwarten, dass der Direkte Draht Anlass für [echte] Nachrichten werden könnte, und es wäre naiv, sich darüber zu beschweren, es sei nichts Neues gesagt worden. [...]

Haben die Direkten Drähte den erwünschten therapeutischen Effekt oder schaffen sie einen Eindruck der Realitätsferne? Da die Stimmungen in der Gesellschaft als depressiv, wenn nicht gar panisch bezeichnet werden können, wäre es logisch anzunehmen, dass die Menschen ein Bedürfnis haben etwas zu hören, was sie schon viele Male gehört haben. Zumindest stellen sich die Organisatoren der Veranstaltung so deren heilende Kraft und psychotherapeutische Wirkung vor.

Hier aber lauert eine Gefahr. Werden Menschen durch die Wiederholung des von Jahr zu Jahr immer Gleichen tatsächlich beruhigt? Wenn sie gleichzeitig spüren, dass ihr eigenes Leben sich zum Schlechteren ändert: Wenn das Einkommen- und Konsumniveau sinkt; wird sie das nicht im Gegenteil eher reizen? [...]

Jekaterina Schulman am 15. April auf snob.ru <<https://snob.ru/selected/entry/107>>.

Kadyrow: Die Mahnung von Putin ist für mich Gesetz. Ich habe sie zur Kenntnis genommen

»Liebe Freunde!

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich beim Direkten Draht dem Präsidenten Russlands Wladimir Putin zugehört. Ich bin für die Bewertung, die Wladimir Wladimirowitsch meiner Vergangenheit und meiner Gegenwart gegeben hat, dankbar. Noch einmal kann ich voller Verantwortung erklären, dass ich nie und unter keinen Umständen einen Schritt gegen die Interessen Russlands und der Völker unseres großen Landes hätte machen können. Das ist die Wahl meines Vaters Achmat-Hadschi Kadyrow, des ersten Präsidenten der Republik Tschetschenien und eines Helden Russlands; und es ist eine bewusste Wahl des tschetschenischen Volks. Die Wahl des Volks zu achten, das wird mir durch den Heiligen Koran auferlegt, durch meine Überzeugungen, meine Lebensprinzipien, die geltenden Gesetze Russlands und der Republik Tschetschenien. Ich habe meine »diplomatische Akademie« im tagtäglichen Kampf gegen die übelsten Feinde Russlands durchlaufen, wobei ich nächste Verwandte und engste Angehörige, Freunde und Mitstreiter verloren habe. Deshalb sind meine Äußerungen manchmal etwas emotional aber aufrichtig, sie kommen vom Herzen. Was das Foto mit Michail Kasjanow angeht, so war das ein Scherz bildhafter Natur, der unter keinen Umständen eine direkte Drohung gegen irgendjemanden enthalten konnte.²

Ich bin überzeugt, dass Sergej Dorenko als Journalist mit großer Berufs- und politischer Erfahrung das sehr wohl weiß. Die mahnende Äußerung des Präsidenten Russlands Wladimir Putin ist für mich wie ein GESETZ, das meinerseits unverzüglich zur Kenntnis genommen wurde und umgesetzt wird! Ich erkläre erneut, dass die gesamt nationalen Interessen dem Team Achmat-Chadschi Kadyrows heilig sind.«

Ramsan Kadyrow am 14. April auf Instagram <https://www.instagram.com/p/BELzb_8iRjp/>

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

2 Anm. d. Red.: In der Sendung »Der Direkte Draht mit Wladimir Putin« (<<http://kremlin.ru/events/president/news/51716/videos>>) hatte der Journalist Sergej Dorenko nach den Grenzen und dem »Format« der politischen Auseinandersetzung gefragt (<<https://www.youtube.com/watch?v=euul5Bx2M0w>>). Hintergrund waren die scharfen Äußerungen Ramsan Kadyrows Anfang des Jahres in Bezug auf die »außersystemische Opposition«. Kadyrow hatte diese als Verräter und Volksfeinde (<<http://chechnya.gov.ru/page.php?r=126&id=17475>>) bezeichnet, sowie als ein »Rudel Schakale« (<<http://izvestia.ru/news/601935#ixzz46FutVb5a>>). Darüber hinaus hatte das Republikoberhaupt Tschetscheniens auf »Instagram« ein Video gepostet, das Michail Kasjanow, den Vorsitzenden der Partei »PARNAS«, und dessen Stellvertreter Wladimir Kara-Mursa Junior in Straßburg zeigt, wobei in die Aufnahme ein Fadenkreuz hineinmontiert wurde (s. das Foto unter <<http://www.vesti.ru/doc.html?id=2714809>>).

CHRONIK

7. – 21. April 2016

7.4.2016	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew wird vom armenischen Präsidenten Serzh Sargsjan zu Gesprächen empfangen. Anlass ist der Konflikt zwischen den beiden Ländern um die Region Bergkarabach.
8.4.2016	Russland und die Nato einigen sich darauf, auf Botschafterebene wieder den Nato-Russland-Rat einzuberufen. Das letzte Mal hatte der Rat im Juni 2014 getagt. Anschließend unterbrach die Nato den Dialog wegen der Krim-Annexion durch Russland.
8.4.2016	Die russische Zentralbank entzieht der »Soveren Bank«, der »FiaBank« und der Kreditorganisation »Majma« wegen hochriskanter Kreditpolitik und Verstößen gegen das Finanzrecht die Lizenz.
8.4.2016	Die angeschlagene russische Entwicklungsbank VEB soll der Zeitung »Wedomosti« zufolge 150 Milliarden Rubel finanzielle Unterstützung aus eingefrorenen Pensionsrücklagen erhalten.
9.4.2016	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew reist nach seinem Gespräch mit dem armenischen Präsidenten zu einem Treffen mit dem aserbaidjanischen Präsidenten Ilham Alijew und dem aserbaidjanischen Ministerpräsidenten Artur Rasisade nach Baku. Anlass ist der Konflikt zwischen den beiden Ländern um die Region Bergkarabach.
9.4.2016	Fünf mutmaßliche Anhänger des »Islamischen Staats« müssen nach Entscheidung des Gerichts des Zentralen Stadtbezirks von Wolgograd für zwei Monate in Untersuchungshaft. Sie werden verdächtigt, einen Anschlag in der Region vorbereitet zu haben und Personen für die Terrororganisation rekrutieren zu wollen.
10.4.2016	Die syrische Armee plant nach Angaben der Regierung in Damaskus gemeinsam mit der russischen Luftwaffe die Einnahme der Stadt Aleppo. Russland unterhält in Syrien trotz des teilweisen Abzugs seiner Luftwaffe weiterhin Stützpunkte.
10.4.2016	Während eines LGTB-Flashmobs in Moskau werden drei Teilnehmer festgenommen. Die Aktion fand traditionell unter dem Motto »Tag des Schweigens« statt, um gegen das gesetzliche Verbot der »Propaganda von Homosexualität« zu demonstrieren, das der LGTB-Community verbietet, ihre Rechte öffentlich zu vertreten.
10.4.2016	In zwei Bezirken im Südwesten Moskaus protestieren mehrere Hundert Einwohner gegen Bauprojekte in ihrer Nachbarschaft.
10.4.2016	Dmitrij Kiseljow kündigt in seiner Sendung »Westi Nedeli« im staatlichen Fernsehsender »Rossija 1« den Dokumentarfilm »Effekt Braudera« an, in dem Alexej Nawalnyj als Geheimagent enttarnt werden soll. In dem ausgestrahlten Filmausschnitt wird unterstellt, dass der britische Geheimdienst die russische Opposition finanziert. Es werden Dokumente und Korrespondenzen gezeigt, die von einer Verbindung Nawalnyjs zu dem britisch-amerikanischen Investor William Browder zeugen sollen.
11.4.2016	Alexej Nawalnyj weist auf seinem Blog den Inhalt des in der Sendung »Westi Nedeli« ausgestrahlten Filmausschnitts »Effekt Braudera« als verlogene Propaganda zurück und führt einige Beispiele an, die den gefälschten Charakter der verwendeten Dokumente und Tonaufnahmen illustrieren.
11.4.2016	Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Polizeistation in der Region Stawropol werden neben dem Attentäter zwei weitere Angreifer durch die Polizei getötet. Offiziellen Angaben zufolge gab es keine Opfer unter den Sicherheitskräften. Hinter dem Anschlag werden Anhänger des »Islamischen Staats« vermutet.
11.4.2016	Dem Sprecher des iranischen Außenministeriums zufolge hat Russland mit der Lieferung des Flugabwehrsystems S-300 an den Iran begonnen. Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten will diese Meldung nicht kommentieren.
12.4.2016	Russland begeht den »Tag der Kosmonauten«. Vor 55 Jahren war Jurij Gagarin als erster Mensch ins All geflogen und hatte in der Raumkapsel Wostok die Erde umkreist.
13.4.2016	Ilja Jaschin erklärt, dass er bei den Duma-Wahlen nicht auf der Liste der Oppositionspartei Parnas antreten werde. Er begründet seine Entscheidung mit Meinungsverschiedenheiten mit dem Parteivorsitzenden Michail Kasjanow, von dem er den freiwilligen Rückzug vom ersten Platz der Liste gefordert hatte, nachdem der Sender NTV ein Skandal-Video ausgestrahlt hat, das Kasjanow im Bett mit einer Parteikollegin zeigt. Kasjanow war Jaschins Aufforderung nicht gefolgt.
13.4.2016	Die russische Staatsanwältin der Krim Natalja Poklonskaja, untersagt dem Medschlis (Volksrat) der Krimtataren jede weitere Tätigkeit. Die Entscheidung basiert auf den Artikeln 9 und 10 des Föderalen Gesetzes »Zur Abwehr extremistischer Aktivitäten«.
13.4.2016	Die russische Zentralbank entzieht den Moskauer Banken »Okean Bank« und »Puls Stolizy« wegen Verstößen gegen das Finanzrecht die Lizenz.

14.4.2016	Zum 14. Mal stellt sich Präsident Wladimir Putin in der Sendung »Prjamaja Linija« (»Direkter Draht«) den Fragen von Bürgern. Unter anderem behauptet er, die Süddeutsche Zeitung gehöre Goldman& Sachs und publiziere die Panama-Papers (über Briefkastenfirmen in Panama) im Auftrag der USA. Dies nimmt Putins Pressesprecher Dmitrij Peskow, am folgenden Tag zurück und entschuldigt sich bei der Zeitung.
14.4.2016	Das Arbitragegericht Moskau leitet auf Antrag der russischen Zentralbank ein Konkursverfahren gegen das große Bauunternehmen »SU-155« ein
14.4.2016	Der Hauptsitz von Michail Prochorows Unternehmensgruppe »Onesim« und eine Reihe weiterer zur Gruppe gehörender Unternehmen werden vom Inlandsgeheimdienst FSB und der Steuerinspektion durchsucht. Untersuchungsgegenstand sind die Einhaltung des Steuergesetzes und Offshore-Aktivitäten.
14.4.2016	Die russische Zentralbank entzieht der »Stella-Bank« Rostow wegen hochriskanter Kreditpolitik die Lizenz.
15.4.2016	Das russische Justizministerium erklärt das »Verlagshaus Valentin Manujlov« zum »ausländischen Agenten«.
15.4.2016	Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) entzieht dem Moskauer Anti-Doping-Labor die Akkreditierung.
16.4.2016	Die Moskauer Polizei nimmt ein Mitglied der Terrormiliz »Islamischer Staat« fest, das wegen Anwerbung neuer Mitglieder international zur Fahndung ausgeschrieben war.
16.4.2016	Das Strafverfolgungskomitee (SKR) leitet in Moskau ein Strafverfahren gegen das Unternehmen »Metrospezstroj« wegen nichtgezahlter Gehälter ein. Die Summe der einbehaltenen Gehälter beträgt mehr als 80 Millionen Rubel.
16.4.2016	Im Rayon Kurskaja (Region Stawropol) kommt es bei einer Fahrzeugkontrolle zu einem Schusswechsel. Zwei vermutliche Untergrundkämpfer werden getötet.
17.4.2016	In der katarischen Hauptstadt Doha verhandeln die Energieminister von 18 Öl-Förderstaaten, darunter Russland, über ein Einfrieren ihrer Produktion auf dem Niveau vom Januar 2016. Das Treffen endet jedoch ohne eine Einigung, unter anderem deshalb, weil Saudi-Arabien zur Bedingung macht, dass dies für alle OPEC-Länder gelten müsse. Der iranische Ölminister hatte aber bereits im Vorfeld erklärt, dass der Iran nicht dazu bereit sei, seine Produktion auf den Stand von Januar zu beschränken und seine Teilnahme an den Verhandlungen abgesagt.
18.4.2016	Das Gericht des Golosejewskij-Bezirks in Kiew verurteilt Jewgenij Jerofew und Alexandr Alexandrow wegen terroristischer und kriegsgerichteter Aktivitäten zu 14 Jahren Haft mit Vermögensentzug. Die beiden russischen Staatsangehörigen waren im Mai 2015 im Gebiet Luhansk in ukrainische Kriegsgefangenschaft geraten. Die beiden Männer erklärten im Prozess, als Freiwillige für die Milizen der »Volksrepublik Lugansk« gekämpft zu haben. Das Gericht erkannte dies aber nicht an und bewertete Jerofew und Alexandrow als Angehörige der russischen Armee. Die Anwälte der Verurteilten gehen von Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch zwischen Jerofew und Alexandrow einerseits und Nadeschda Sawtschenko andererseits aus.
18.4.2016	Die Türkei berichtet auf der »Facebook«-Seite ihrer Botschaft über die Einführung von Einreisevisa für russische Staatsangehörige, die mit einem Dienst-Pass in die Türkei einreisen. Die Regelung gilt seit dem 15. April des Jahres und betrifft russische Beamte, Mitarbeiter von Staatsunternehmen und der russischen Zentralbank. Ausgeschlossen von der Visapflicht sind Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen und Konsulate. Russland reagierte darauf mit den gleichen Maßnahmen für türkische Staatsangehörige.
18.4.2016	Das Gericht des Stadtteils Presnenskij in Moskau verhängt gegen die Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« eine Strafe von 1,2 Millionen Rubeln, wie Grigorij Melkonjan, der Kovorsitzende von »Golos«, berichtet. Dies ist die höchste jemals vergebene Strafe wegen Nichteinhaltung des Gesetzes über »ausländische Agenten«. Grund für die Strafe war, dass Publikationen auf der Webseite von »Golos« nicht mit dem Vermerk »ausländischer Agent« gekennzeichnet waren. »Golos« weist die Geldstrafe als unrechtmäßig zurück, da ihre Vereinigung nach eigenen Angaben eine Rechtsform aufweise, die nicht als »ausländischer Agent« eingestuft werden könne und somit auch nicht wegen der Nichteinhaltung der entsprechenden Regularien belangt werden kann.
18.4.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zu einem Gespräch. Thema der Zusammenkunft ist unter anderem der Nahost-Friedensprozess.
19.4.2016	Vier Kandidaten der Oppositionspartei »Partija Progressa« und Mitarbeiter von Aleksej Nawalnyjs »Stiftung zum Kampf gegen Korruption« ziehen aus Protest gegen Wahlfälschungen bei den vorzeitigen Stimmenabgaben für die Kommunalwahl am 24. April in Barwicha (Moskauer Gebiet) ihre Kandidatur zurück.
19.4.2016	Die Saratower Organisation »Sozium«, die sich im Kampf gegen HIV engagiert, wird zum »ausländischen Agenten« erklärt. Die Staatsanwaltschaft begründet die Entscheidung damit, dass die Organisation 1,5 Millionen Rubel für eine Umfrage aus dem Ausland erhalten hat.

20.4.2016	In Brüssel tagt nach zweijähriger Pause zum ersten Mal der Nato-Russland-Rat auf Botschaferebene. Themen sind der Ukraine-Konflikt und die Sicherheitslage in Afghanistan und Osteuropa. Konkrete Entscheidungen wurden bei der Zusammenkunft der 28 Nato-Staaten und Russlands nicht getroffen.
20.4.2016	Auf Initiative der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Ella Pamfilowa werden die Kommunalwahlen in Barwicha vom 24. April aufgrund von Verfahrensfehlern im Vorfeld der Wahlen abgesagt.
21.4.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zum Gespräch. Thema der Zusammenkunft ist unter anderem der Nahost-Friedensprozess und die Lage in Syrien.
21.4.2016	Der ukrainische Präsident Petro Petroschenko unterzeichnet ein Gesetz, das es künftig verbietet, aktuelle russische Filme, Serien und Fernsehübertragungen in der Ukraine zu zeigen, die nach dem 1. Januar 2014 gedreht wurden.
21.4.2016	Das Stadtgericht Jushno-Sachalinsk nimmt Natalja Kaschkarowa, die Leiterin des Fischkombinats »Ostrownoj« auf der Insel Schikotan, in Gewahrsam. Während der Sendung »Direkter Draht« hatten Arbeiter des Unternehmens Präsident Putin berichtet, dass ihre Gehälter nicht ausgezahlt würden.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [<www.laender-analysen.de>](http://www.laender-analysen.de).

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/belarus/>](http://www.laender-analysen.de/belarus/)

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html)

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>](http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/)

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/russland/>](http://www.laender-analysen.de/russland/)

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html)

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>](http://www.laender-analysen.de/ukraine/)

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>](http://www.laender-analysen.de/zentralasien/)

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)